



RISIKO REPORT

Politische Risikoszenarien für Polen

IMPRESSUM

CONIAS Risk Intelligence GmbH
Julius-Hatry-Str. 1 | 68163 Mannheim
Tel: +49 (0)621 180 68 93 0
info@conias.de | www.conias.com

Geschäftsführer:
Dr. Nicolas Schwank

Sitz der Gesellschaft ist Mannheim
Registergericht: Amtsgericht Mannheim
Handelregister: HRB 720108

Verantwortlich i.S.d.P.: Dr. Nicolas Schwank
Julius-Hatry-Str. 1 | 68163 Mannheim

Gefördert von:
Funk Stiftung | Valentinskamp 18
20354 Hamburg
Tel.: 040 35914-900 | Fax: 040 35914-73956
info@funk-stiftung.org | www.funk-stiftung.org

Autor des Risikoreports: Julia Nelles
Redaktion: Maximilian Würfel, Silke Geißert, Andrea Ficht,
Michael Watson, Eilika Feltes
Layout: Tatjana Petrovic, Silke Geißert, Lucie Ficht
Umschlagsgestaltung: Marcel Thiäner (Art Director) | www.mtdesigns.de
Titelfoto: www.pixabay.com

Disclaimer: Die Analysen der Reihe „Risiko Report“ können anhand von Daten aus Quellen Dritter lediglich als Ausgangspunkt dienen, um wirtschaftliche Entscheidungsprozesse die das jeweilige Land betreffen, zu unterstützen. Die gegebenen Handlungsempfehlungen erheben jedoch keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit und müssen kontinuierlich hinsichtlich aktueller Entwicklungen überprüft werden. CONIAS gewährleistet daher nicht die sachliche Richtigkeit oder Vollständigkeit der Daten sowie der beschriebenen politischen Risikoszenarien, die eine eigenständige Abwägung von Risiken im Einzelfall nicht ersetzen können. Eine Haftung von CONIAS ist insoweit ausgeschlossen.

Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird in diesem Bericht in der Regel nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifischen Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt stets eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.

Redaktionsschluss: 30.04.2018



CONIAS
RISK
INTELLIGENCE



Mit ihren fast 38 Mio. Einwohnern¹ und einer Gesamtfläche von 312,685 Quadratkilometern² ist die Republik Polen das sowohl sechstgrößte als auch sechstbevölkerungsreichste Land der Europäischen Union (EU). Nachdem im Jahr zuvor die Mehrheit der Bevölkerung für den Beitritt zur EU gestimmt hatte, fand dieser am 01. Mai 2004 statt. Seitdem hat Polens Wirtschaftswachstum stetig an Fahrt zugenommen und die Wirtschaftsleistung erreichte im Jahr 2008 ihren bisherigen Höchststand. Zu dieser Zeit wurden Waren und Dienstleistungen im Wert von 533,8 Mrd. US\$ produziert.³ Zuletzt, das heißt im Jahr 2017, betrug dieser Wert 526 Mrd. US\$,⁴ wodurch Polens Volkswirtschaft die vierundzwanziggrößte der Welt war. Heute kann der Staat als ein hochentwickeltes Land mit einem starken Pro-Kopf-Einkommen eingestuft werden.

Polen ist Mitglied verschiedener Organisationen wie der Welthandelsorganisation (WTO), der Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD), sowie der Nordatlantikvertragsgruppe (NATO), um die Wichtigsten zu nennen. Von besonderer Relevanz für europäische Angelegenheiten ist außerdem die Mitgliedschaft in der Visegrád-Gruppe, die eine politische Allianz darstellt und neben Polen noch Ungarn, die Tschechische Republik und die Slowakei beherbergt.

Ähnlich wie diese Länder hat auch Polen eine kommunistische Vergangenheit, die das Land jedoch nach Zusammenbruch des Ostblocks vor fast 30 Jahren hinter sich gelassen hat. Seitdem hat sich das Land erfolgreich von einem ehemaligen Satellitenstaat mit zentral gelenkter Planwirtschaft unter diktatorischer Herrschaft zu einer modernen und demokratischen Marktwirtschaft entwickelt. Seit dem Jahr 2015 ist jedoch eine gegenläufige Entwicklung im Hinblick auf bürgerliche Freiheiten und Rechtsstaatlichkeit zu beobachten: In jüngster Vergangenheit war Polen hauptsächlich wegen den politischen Umstrukturierungsmaßnahmen der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) in den Schlagzeilen, die als Gefahr für das Machtgleichgewicht innerhalb des Staates angesehen werden. Diese waren in ihrem Ausmaß so weitreichend, dass sie die Institutionen der Europäischen Union zum Eingreifen

veranlasst haben. Der Konflikt zwischen der Regierung und Opposition einerseits und der Regierung und der Europäischen Kommission andererseits, bringt indes immer wieder Unsicherheiten vor allem für Investoren mit sich, da diese nicht mehr zu 100 % den Rechtsnormen trauen können.

Um voll umfänglich zu wissen, wo Polen heute steht - insbesondere hinsichtlich der strukturellen Voraussetzungen für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum - ist es notwendig zu beurteilen, ob

- für ein angemessenes Maß an politischer Stabilität gesorgt ist,
- ein transparentes, funktionierendes und zuverlässiges Gerichtswesen die Rechtsstaatlichkeit schützt,
- Bürger und Unternehmen nicht nur von hochwertigen Cybersicherheitsstrategien profitieren, sondern auch vor Cyberkriminalität geschützt werden,
- die Wirtschaft für Investitionen offen ist und der Markt vorteilhaft strukturiert ist, und
- ob das notwendige Humankapital bereitgestellt werden kann.

Inhaltsverzeichnis

1. Herausforderungen und jüngste Entwicklungen	S.4
2. Politische Stabilität und physische Sicherheit	S.8
3. Rechtliche Sicherheit	S.11
4. Cybersicherheit	S.13
5. Marktstruktur	S.15
6. Arbeitsmarkt	S.18
7. Zukünftige Entwicklung: drei Szenarien	S.20
8. Handlungsempfehlung	S.26
9. Weiterführende Literatur	S.28
10. Endnoten	S.28

All diese Aspekte werden im vorliegenden Risikoreport diskutiert und anschließend im Hinblick auf politische und wirtschaftliche Risiken bewertet. Tabelle 1 fasst die Ergebnisse des ersten Teils dieses Berichtes in Form eines Ratings zusammen und hebt damit die für Investoren und Unternehmen relevanten Bereiche hervor.

KATEGORIE	RATING
GESAMTRATING	B+
POLITISCHE STABILITÄT UND PHYSISCHE SICHERHEIT	A
RECHTLICHE SICHERHEIT	B
CYBERSICHERHEIT	B+
MARKTSTRUKTUR	A
ARBEITSMARKT	B

Tabelle 1: Übersicht Einzelratings

Nach der Evaluierung der Performanzwerte in den fünf Kategorien folgen drei unterschiedliche Ausblicke, die mögliche zukünftige Entwicklungen von einem Best-Case- bis hin zu einem Worst-Case-Szenario abdecken. Das Trendszenario wird schließlich den wahrscheinlichsten Verlauf der Ereignisse für die nächsten Jahre skizzieren. Hierbei werden alle erdenklichen Möglichkeiten, wie der wirtschaft-

liche Fortschritt des Landes, über eine Stagnation bis hin zum „Polexit“ sowie deren Eintrittswahrscheinlichkeiten diskutiert. Auf der Grundlage dieser Perspektiven wird der Bericht mit einer Reihe von Handlungsempfehlungen abgeschlossen, die bei möglichen Investitionsentscheidungen zu berücksichtigen sind.

1. HERAUSFORDERUNGEN UND JÜNGSTE ENTWICKLUNGEN

1.1 Welche geschichtlichen Gegebenheiten haben das Land geprägt und inwiefern wirken sie noch heute im Staat nach?

Die geschichtlichen Ereignisse, von welchen man heute im Zusammenhang mit dem Begriff der „Teilungen Polens“ spricht, bilden eine gute Erklärungsgrundlage für das heutige Polen A und B. Unter diesem Begriff wird das Ost-West-Gefälle des Landes subsumiert, das in teils drastischen Ausmaßen die Ungleichheiten struktureller Art, aber auch das Wahlverhalten der Bevölkerung umschreibt.⁵ In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde der staatliche Vorgänger des heutigen Polens restlos in eine preußische, eine österreichische und eine russische Sektion aufgeteilt. Die jeweiligen Landesteile wurden stark durch den Politikstil des jeweiligen Besatzers geprägt, weswegen die Industrialisierung in Westpolen ein höheres Ausmaß erreichte und zu einer besseren Infrastruktur führte als in den östlichen Regionen, in denen Russland waltete.

In Bezug auf die heutige Situation des Landes konstatiert die OECD, dass „long-term inherited trends in sectoral specializations, institutional development, educational attainment and social-capital building

still affect Poland’s development patterns.“⁶

Die Republik Polen ist andererseits stark durch ihre kommunistische Vergangenheit geprägt: Bis zu den revolutionären Umbrüchen 1989 wurde der Staat von der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei diktatorisch regiert und unterstand als Satellitenstaat der Sowjetunion dem Einfluss Moskaus. Nach Jahrzehnten des Misswirtschaftens nahm sich die erste, nicht-kommunistische Regierung Polens der Aufgabe an, die unproduktive, veraltete und zentral geplante Wirtschaft des hochverschuldeten Landes in ein modernes, marktorientiertes System zu transformieren. Der damalige Ministerpräsident und Finanzminister Leszek Balcerowicz entwickelte hierzu eine zehn makroökonomische Punkte umfassende ‚Schocktherapie‘, die später die Währung (die Inflationsrate lag 1990 bei über 500 %) und den Staatshaushalt stabilisieren konnte.

Die vergleichsweise immer noch niedrigen Arbeitskosten sowie die relativ hohe Anzahl von über 320

öffentlichen Unternehmen (im Vergleich: in Tschechien existieren etwa 200 solcher Firmen weniger),⁷ aber auch der aufgeblähte Sektor der Schwerindus-

trie - all dies stellt Relikte aus der kommunistischen Vergangenheit dar.

1.2 Wie lässt sich das politische System des Staates beschreiben und welche Entwicklungen oder Bedenken gibt es?

Mit den Verfassungsänderungen von 1989 transformierte sich der ehemalige, selbsternannte sozialistische Staat der Volksrepublik Polen in die demokratische Republik Polen. Seitdem wird der Staat aufgrund seines semipräsidentiellen Systems von einer doppelköpfigen Exekutive angeführt: Der Präsident dient als Staatsoberhaupt, während der Ministerpräsident hingegen als Regierungschef agiert. Ersterer wird direkt vom Volk für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt; der letztere wird, ebenso wie alle Minister des Kabinetts, vom Präsidenten ernannt und von der legislativen Kammer ‚Sejm‘ in seinem Amt bestätigt. Da eine Legislaturperiode vier Jahre umfasst und zuletzt im Jahr 2015 gewählt wurde, stehen die nächsten Senats- und Sejmwahlen im Jahr 2019 an. Das Land ist zudem seit über 20 Jahren in 16 Regionen, die Woiwodschaften genannt werden, aufgeteilt. Da sie jedoch vergleichsweise wenig autonom agieren können, ist es naheliegend, Polen als Einheitsstaat zu klassifizieren.

Zurzeit besitzt die nationalkonservative Partei des PiS die absolute Mehrheit in beiden Kammern. Neben dieser existieren mehr als 30 weitere Parteien, von welchen die christdemokratisch und liberal eingestellte Bürgerliche Plattform (PO), die liberale Moderne (.N), die polnische Volks- bzw. Bauernpartei (PSL), das sozialdemokratische Bündnis der Demokratischen Linken (SLD) und das katholisch-national ausgerichtete Solidarische Polen (SP) als die wichtigsten gelten können.

Seit ihrer Machtübernahme im Oktober 2015 hat die PiS eine Vielzahl von Maßnahmen und Gesetzen in die Wege geleitet, die die Gewaltenteilung und damit auch die Rechtsstaatlichkeit untergraben. Im Hinblick auf die Freiheit der Presse hat die Regierung zudem nun größere Einflussmöglichkeiten auf öffentlich-rechtliche Medien, da es seit Januar 2016 dem Finanzministerium obliegt, die Leiter der Sendeanstalten zu ernennen oder zu entlassen.⁸ Hinzu kommt, dass Zweifel an der Unabhängigkeit der polnischen

Zentralbank angebracht sind: Mit der Erhebung von Adam Glapinski in das Amt des Präsidenten wird das wichtigste Geldinstitut des Landes von einem Vertrauten des PiS-Parteichefs Jaroslaw Kaczynski gelenkt.⁹

Die Justizreformen, die offiziell der Dekommunisierung und Korruptionsbekämpfung in Polen dienen sollten, haben dazu geführt, dass die Regierung nun weitestgehend vor Interventionen des Verfassungsgerichtshof sicher ist: Weil dieser seine Entscheidungen seit den Reformgesetzen mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit fällen muss und die jetzige Anzahl der Richter, die von der PiS ernannt wurden, mehr als die Hälfte aller Richter ausmacht, existiert nun ein künstliches und kaum überwindbares Bollwerk der Regierung gegenüber Einschreitungen durch das Verfassungsgericht.¹⁰ Aber auch ordentliche Gerichte sind von den Gesetzesänderungen betroffen, zum Beispiel dadurch, dass 15 Mitglieder des nationalen Justizrates, die ihrerseits über ordentliche Richter in ganz Polen bestimmen können, entlassen wurden, obwohl sie sich noch in ihrer regulären Amtszeit befanden. Ihre Nachfolger wurden im März 2018 durch das von der PiS dominierte, parlamentarische Unterhaus (Sejm) ernannt, anstatt wie vor den Reformen festgelegt, durch die Wahl anderer Richter.¹¹ Durch die Herabsetzung des Renteneintrittsalters auf 65 Jahre mussten zudem viele Beschäftigte im Justizapparat ihren Posten räumen, die nun potenziell mit neuem und fügsamerem Personal besetzt werden könnten.¹² Trotz alledem gehört Polen aus wissenschaftlicher Sicht noch nicht zu den Autokratien, auch wenn sein Staatsaufbau allmählich Defekte aufweist.¹³ Damit dies auch weiterhin so bleibt, haben in der jüngeren Vergangenheit einerseits regelmäßig mehr als tausende Bürger friedlich gegen das Vorgehen der Regierung protestiert und die Europäischen Institutionen andererseits ein Sanktionsverfahren eingeleitet, das sich kritisch auf die Weiterentwicklung des Landes im Jahr 2018 auswirken könnte.

1.3 Welche Entwicklungen und Eigenheiten kennzeichnen die Wirtschaft des Staates?

Polens Volkswirtschaft befindet sich seit 2012 ohne Abriss und kontinuierlich auf dem Weg nach oben, was besonders der erfreulichen Entwicklung der Konsumausgaben privater Haushalte zu verdanken ist. Dieser Aufwärtstrend konnte nicht einmal durch die Finanzkrise 2008 gestoppt werden.¹⁴

Das Bruttoinlandsprodukt entspricht zurzeit dem vierundzwanziggrößten der Welt, obwohl es noch bis Ende der 80er Jahre einem Zentralplan unterlag. Aufgrund der Transformationsprozesse, die sich im Wesentlichen in den Jahren 1990 und 1991 vollzogen und zu zahlreichen Privatisierungen, aber auch zu Bankrotten von öffentlichen Unternehmen geführt haben, hat sich die sektorale Struktur der Wirtschaftsleistung erheblich verändert. Während sich

der Anteil des Dienstleistungssektors am BIP zwischen 1992 und 2000 von ursprünglich 50 auf 60 % vergrößerte, mussten der Industrie- und Agrarsektor Einbußen in Höhe von 7 bis 8 % hinnehmen.¹⁵

In der Zwischenzeit trägt die Landwirtschaft nur noch mit 2,7 % zur Wirtschaftsleistung bei (Stand 2016), auch wenn mehr als 11 % der polnischen Arbeitskräfte zuletzt in den dafür typischen Bereichen wie beispielsweise im Ackerbau, Forst- und Jagdwesen sowie in der Fischerei tätig waren.¹⁶ Gleichzeitig tragen der Industrie- und Dienstleistungssektor mit jeweils 33,7 bzw. 63,6 % zum BIP bei.¹⁷ 2015 bezifferte das Finanzamt zudem den informellen Anteil an der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung über alle drei Sektoren hinweg mit schätzungsweise 20 %.¹⁸

1.4 Welche strukturellen Gegebenheiten bedürfen besonderer Betrachtung und wie haben sie sich entwickelt?

Auf lange Sicht benötigt Polen mehr Investitionen und Erneuerungen, um seine Wettbewerbsfähigkeit bewahren zu können. Diese wird insbesondere durch das unaufhörliche Sinken der Arbeitslosenquote bedroht, die wiederum dazu führt, dass das Lohnniveau im Mittel schneller steigt als die wirtschaftliche Produktivität. Aufgrund einer niedrigen Geburtenrate, der grundsätzlichen Aversion gegenüber (Im-)Migration sowie des kürzlich erst gesenkten Renteneintrittsalters müssen sowohl die Regierung als auch die Unternehmen innovative Maßnahmen treffen, die den in der Zukunft zu erwartenden Fachkräftemangel in geeigneter Weise auffangen können, wenn

die Wirtschaftsleistung aufrechterhalten oder noch vergrößert werden soll.¹⁹

Neben den strukturellen Ungleichheiten, die auf das bereits erwähnte Ost-West-Gefälle (siehe Kap. 1.1) zurückgehen, existieren auch starke strukturelle Verschiedenheiten zwischen dem ländlichen und urbanen Raum. Dieses interregionale Gefälle äußert sich in unterschiedlich hohen Armuts- sowie Bildungsquoten, letztere in Bezug auf tertiäre Bildungsabschlüsse, einer schlechten Straßen- und Gleisvernetzung sowie divergierenden Lohnniveaus und Lebenshaltungskosten.²⁰

1.5 Welche strategischen Chancen und Risiken gilt es für Unternehmen zu beachten?

Chancen	Risiken
Diversifizierte Wirtschafts- und Außenhandelsstruktur	Unberechenbarer (Wirtschafts-)Politikstil seit der Regierungsübernahme durch die PiS
Lohnkosten sind knapp drei Mal niedriger als der EU-Durchschnitt	Gefälle zwischen dem höher entwickelten westlichen und dem strukturell schwächeren östlichen Landesteil
Starker und stabiler Finanzsektor	Hochschulbildung und Forschung werden finanziell vernachlässigt
Als Mitglied der EU profitiert Polen von Strukturfonds und dem freien Zugang zum größten Wirtschaftsraum der Welt	Abnehmende Anzahl an potenziellen Arbeitskräften, wachsender Fachkräftemangel
Hohe Konsumfreudigkeit der privaten Haushalte	Niedrige Investitionsraten, insbesondere bei Nichtfinanzunternehmen

Tabelle 2: Chancen und Risiken²¹

1.6 Welche spezifischen Faktoren und Ereignisse beeinflussen das Länderrisiko?

Seit ihrem Wahlsieg im Oktober 2015 hat die PiS-geführte Regierung einen kontroversen wirtschafts-politischen Kurs eingeschlagen, der die bisherigen Konsolidierungserfolge bei den Staatsfinanzen umkehren könnte.²² Im Jahr 2017 stiegen die Importe schneller als die Exporte; aber auch die Umsetzung der Wahlversprechen wie neue Sozial- und Wohlfahrtsmaßnahmen sowie Investitionen in die heimische Wirtschaft führten zur Erhöhung der Staatsausgaben. Zusätzlich hat die Regierungspartei noch Steuererleichterungen für kleine und mittelständische Unternehmen angekündigt.²³

Die Staatsschuldenquote sank trotz dieser Maßnahmen und aufgrund der hervorragenden konjunkturellen Lage und sprudelnden Steuereinnahmen von 54,2 % im Jahr 2016 auf einen Wert von 50,6 % im Jahr 2017. Die Leistung der polnischen Volkswirtschaft beruht jedoch auf einem wackligen Fundament, da die gesteigerten Investitionsausgaben der Regierung auf längere Zeit nicht vollständig durch eine Erhöhung der Steuersätze für hauptsächlich ausländische (Groß-)Unternehmen zu kompensieren sind. Zudem steigt die Wahrscheinlichkeit für EU-Sanktionsmaßnahmen, wie z.B. die Kürzung oder Streichung von Fördermitteln gegenüber Polen, wenn das Land und die EU-Kommission über eine Anpassung der Reformgesetze, die hauptsächlich auf die Unabhängigkeit der Gerichte (und Medien) abzielten, keinen gemeinsamen Nenner finden können. In Be-

zug auf die Beziehungen zwischen Brüssel und Warschau warnte daher bereits der ehemalige Ministerpräsident Polens, Donald Tusk, im Januar 2018 vor dem ‚Polexit‘ als mögliche Konsequenz einer Eskalation im Streit um Polens Rechtsstaatlichkeit.²⁴

Darüber hinaus stiegen die Auslandsschulden 2016 erneut leicht an und betragen am Ende des dritten Quartals 315 Mrd. EUR, was einem vergleichsweise hohen Prozentsatz von 75 % (zum Vergleich: 2008 waren es noch 46 %) entspricht, wenn diese in Relation zum BIP gesetzt werden.²⁵ Der jetzige Ministerpräsident Morawiecki hat aufgrund dieser Entwicklung Gegenmaßnahmen angekündigt, die die externen Schulden, die er selbst als „makroökonomische Gefahr“ bezeichnet, merklich reduzieren sollen.²⁶

2. POLITISCHE STABILITÄT UND PHYSISCHE SICHERHEIT²⁷

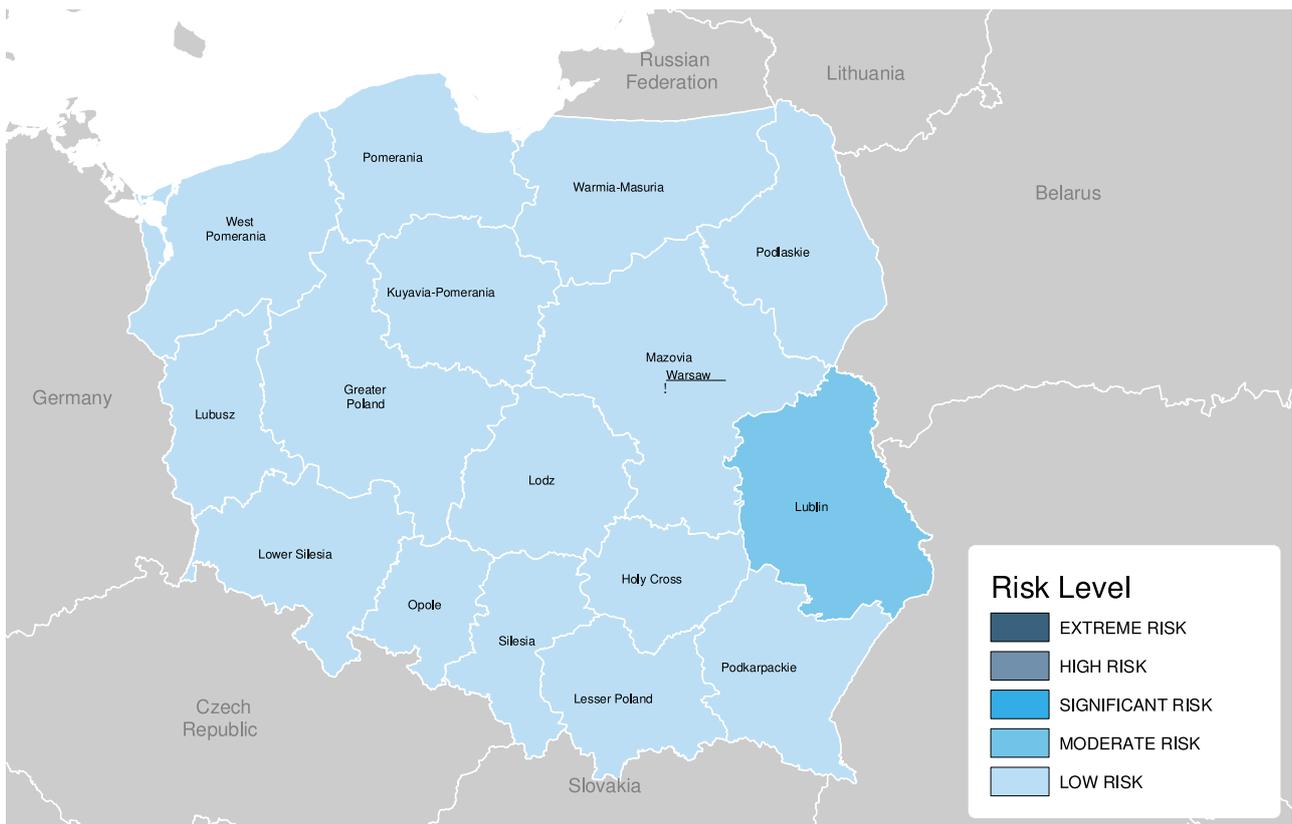


Abbildung 1: Risikokarte Polen

In Polen existieren fünf grundsätzliche Konfliktquellen, aus welchen sich politische Risiken generieren können.²⁸ Dabei sticht der Konflikt „Poland (opposition)“ in besonderer Weise heraus, weshalb dieser Report sich im Folgenden in besonderem Maße mit diesem auseinandersetzen wird.

Gegen die Vielzahl an unternommenen Maßnahmen und Gesetzen, die auf die Pressefreiheit, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und die Unabhängigkeit der Zentralbank abzielen, erhoben sich in Warschau regelmäßig Massendemonstrationen, die oft durch das „Komitee zur Verteidigung der Demokratie“ organisiert wurden. Aber auch in anderen Städten kam es zu Kundgebungen, wobei diese oft jedoch kleiner ausfielen. Die Bürgerliche Plattform, die momentan als größte Oppositionspartei gilt, beendete zudem im Januar 2017 eine einmonatige Besetzung des Plenarsaales im Warschauer Parlament, die ursprünglich als Protestaktion gegen die PiS gestartet war. Bislang verliefen die (Bürger-)Proteste ohne gewalttätige Zwischenfälle, allerdings ist aus mehreren Nachrichtenmeldungen zu entnehmen, dass re-

gelmäßig eine Vielzahl an Demonstranten in Gewahrsam genommen wurden. Im Dezember 2017 trat die damalige Ministerpräsidentin Beata Szydło, wenige Stunden nachdem sie ein Misstrauensvotum erfolgreich überstanden hatte, zurück und wurde noch am selbigen Tag durch Mateusz Morawiecki ersetzt. Abgesehen von diesem Personalwechsel im Amt des Regierungschefs wirkt die Regierung trotz dem konstanten Druck, der auf sie durch die EU und ihre Mitgliedsstaaten regelmäßig ausgeübt wird, sehr stabil. Der Konflikt erreichte vermutlich deshalb im selben Monat auch noch einen vorläufigen Gipfel, als die EU-Kommission ein Sanktionsverfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags (EUV) offiziell einleitete. Dieses könnte im schlimmsten Falle dazu führen, dass Polen seine Stimmrechte in den europäischen Institutionen verliert. Dass es zu diesem Ergebnis kommt, gilt jedoch als sehr unwahrscheinlich, da der ungarische Premier Viktor Orbán sich bereits mit der polnischen Regierung solidarisiert hat.

Konflikt	Akteure	Konfliktitem	Startdatum
Poland (opposition)	Civic Platform, Opposition Groups et al. vs. Government	National Power	29.12.1989
Poland (social conflicts)	Trade Unions, Students, Pressure Groups, Civilians et al. vs. Government	System/Ideology	29.12.1989
Poland (European Refugee Crisis)	Refugees vs. Government, Citizens, Right-wing Groups, Anti-Refugee-Movements	System/Ideology	01.12.2014
Poland (IS)	Islamic State (IS) vs. Government	System/Ideology	27.03.2017
USA, EU, NATO et al. - Russia	USA, EU, NATO et al. vs. Russia	System/Ideology, International Power	01.01.2007

Tabelle 4: Konfliktübersicht

Eine andere Quelle für Unruhen und gesellschaftliche Verwerfungen innerhalb des Landes sind sozial besetzte Problematiken, die sich aus dem Ost-West-Gefälle aber auch aus der nicht-grünen Umweltpolitik, wie am Beispiel der beginnenden Abholzung des geschützten Urwaldes Białowieza zu sehen ist, entwickeln könnten. Zudem ergibt sich ein wachsendes Risikopotenzial aus dem immer größeren Einfluss der katholischen Kirche auf das alltägliche Leben: Strenge Gesetze, die auf eine Einschränkung der Ladenöffnungszeiten und des Verkaufs von Alkohol abzielen, wurden in jüngster Vergangenheit von der PiS verabschiedet, um den Klerus als mögliche Wählergruppe zufrieden zu stimmen.²⁹ Zuletzt stellten jedoch die politische Auseinandersetzung sowie die Massenkundgebungen in Warschau rund um das Verschärfen der Paragraphen, die die Strafbarkeit von Schwangerschaftsabbrüchen regeln, den bedeutendsten Aspekt innerhalb von „Poland (social conflicts)“ dar.

Zudem entwickelt sich in der polnischen Bevölkerung aufgrund der andauernden Migration nach Europa durch Menschen afrikanischer, arabischer oder asiatischer Herkunft zunehmend ein Unbehagen, das sich in einem Streit zwischen Polen (zusammen mit den Visegrád-Staaten) und der EU Bahn bricht. Das Land ignoriert ebenso wie Ungarn und die Slowakei feste europäische Migrantenumverteilungsquoten. Dass der Konflikt „Poland (European Refugee Crisis)“ unbedingt nachverfolgt und untersucht werden muss, zeigt schon der daraufhin entstandene Rechtsstreit mit der Kommission, der vor dem Euro-

päischen Gerichtshof (EuGH) ausgetragen wurde, nachdem die Länder sich weiterhin dem Aufteilungsschlüssel verweigerten.³⁰ Zahlreiche Festnahmen von Unterstützern sowie ein Versuch, einen Polizeibeamten zu erstechen³¹ legen nahe, dass der sogenannte „Islamische Staat“ oder viel mehr seine Anhänger dazu mobilisieren kann, politische Gewaltakte zu begehen, weshalb diese innerhalb eines eigenen Konfliktes, „Poland (IS)“ analysiert und bewertet werden sollen.

Zuletzt muss erwähnt werden, dass Polen einen von vielen Akteuren darstellt, die im Konflikt „USA, EU, NATO et al. - Russia“ involviert sind. Mit der russischen Besetzung zweier georgischer Provinzen im Jahr 2008 sowie der Annexion der Krim und dem Konflikt in der Ostkraine sechs Jahre später ist der Streit um die internationale Vorherrschaft und ideologischen Differenzen zu einer bisher gewaltfreien Krise ausgewachsen; entgegen der oft wiederholten Behauptung beider Blocks, dass eine Eskalation unerwünscht sei. Ebenso wie die baltischen Staaten fürchtet sich Polen vor einem militärischen Angriff oder Einmarsch als russische Antwort auf die EU- und NATO-Osterweiterung. Das Land selbst und seine Streitkräfte nehmen daher oft an militärischen Übungen teil oder richten diese sogar aus. Zudem bewilligt Polen der NATO Waffenverteidigungssysteme innerhalb seiner Landesgrenzen zu stationieren.

KATEGORIE	RATING
POLITISCHE STABILITÄT	A-
PHYSISCHE SICHERHEIT	A+

Tabelle 3: Rating Politische Stabilität und Physische Sicherheit

2.1 Kann der Staat unter Berücksichtigung aller laufenden inner- und zwischenstaatlichen Konflikte seine Souveränität, also die Wahrung von Recht und Ordnung, im gesamten Staatsgebiet durchsetzen?

Grundsätzlich kann die Republik Polen als ein souveräner Staat angesehen werden, der dazu in der Lage ist, Recht und Ordnung in allen der zahlreichen Landesteile permanent aufrechtzuerhalten und zu bewahren. Der Rule of Law Index, der durch das World Justice Project erhoben wird, beurteilt in seinem 2017/18-Bericht, dass Polen in der zu dieser Fragestellung passenden Kategorie „Order and Security“ eine gute Leistung vollbringt: Mit einer Gesamt-

punktzahl von 0,85 auf einer Skala von 0 bis 1 erreicht das Land unter insgesamt 113 untersuchten Staaten den 19. Rang.³² Der Erhebung zufolge würde dieses Ergebnis noch besser ausfallen,³³ wenn weniger Staatsbürger Gewalt als „social[ly] acceptable [...] to redress personal grievances“³⁴ ansehen würden. Dennoch schafft es das Land in dieser Rubrik, das Vereinigte Königreich (UK), Frankreich, Italien, Spanien und Portugal hinter sich zulassen.³⁵

2.2 Oder gibt es, z.B. geographisch entfernt liegende Staatsgebiete, in denen andere Parteien einen großen Einfluss haben?

Da Polens Territorium ein aus geographischer Sicht zusammenhängendes Gebiet darstellt, zu dem keine weit entfernten (Übersee-)Gebiete oder Inseln gehören, ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Staat die öffentliche Autorität in Teilen des Landes zukünftig verliert, als äußerst gering einzustufen. Zudem weist das Land eine äußerst ethnisch-homogene Bevölke-

rung sowie einen funktionierenden Minderheitenschutz auf, weshalb Gruppen wie die separatistische „Bewegung für die Autonomie Schlesiens“ auf kurze und lange Sicht aller Voraussicht nach keine substantielle Gefahr für die polnische Zentralregierung darstellen werden.³⁶

2.3 Inwiefern sind Bürger des Staates oder ausländische Gäste sowie Unternehmen/Firmen/Fabriken durch politische Gewalt physisch bedroht?

Da die öffentliche Sicherheit gewahrt ist, müssen in Polen keine speziellen Schutzvorkehrungen für private oder geschäftliche Aktivitäten im Land getroffen werden. Die Analyse zeigt, dass Polen im Allgemeinen ein (sehr) geringes Risikoniveau aufweist, weshalb es höchst unwahrscheinlich ist, dass Firmenstandorte oder Personal politischer Gewalt ausgesetzt werden. Nichtsdestotrotz könnten politische

Konflikte in seltenen Fällen, zum Beispiel während Großkundgebungen, in größeren Städten wie Warschau eskalieren. Daher sollte man Demonstrationen von Rechtsextremen, Oppositionsgruppen oder Abtreibungsbefürwortern grundsätzlich meiden, um das Risiko, verhaftet oder verletzt zu werden, so gering wie möglich zu halten.

2.4 Wie oft kommt es darüber hinaus zu politisch motivierter Gewalt inklusive Terroranschlägen?

In den vergangenen zwölf Monaten wurde ein politisch motivierter Gewaltakt bekannt, der dem Konflikt „Poland (European Refugee Crisis)“ zugeordnet werden kann. Hierbei kam es zu einem Zwischenfall während einer geplanten Abschiebung von drei Migranten, als mehrere Männer die im Einsatz tätigen Grenzschutzbeamten attackierten, was zu Verletzungen führte.

Darüber hinaus war in einigen Situationen ein gewisses Eskalationspotenzial vorhanden,³⁷ welches sich jedoch durch rechtzeitig angewandte, restriktive Gegenmaßnahmen wie z.B. polizeiliches Eingreifen nicht entfalten konnte.³⁸ Polen blieb zudem bislang von islamistischen Terroranschlägen verschont. Auf der Seite des polnischen Außenministeriums ist trotzdem der Hinweis zu lesen, dass es "not com-

pletely exclude the increased interest in Poland on the part of terrorist organisations, especially in the

context of our involvement, among others, in Afghanistan.“³⁹

3. RECHTLICHE SICHERHEIT

Da die Regierung auch zuletzt noch fortlaufend versucht hatte, ihren Einflussbereich im Staat auszuweiten, ist es wenig verwunderlich, dass die Gesamtpunktzahl des Landes im Rule of Law Index 2018 um vier Einheiten gesunken und Polen damit im Vergleich mit 23 anderen Staaten drei Plätze abgerutscht ist.⁴⁰ Dieser Negativtrend offenbart sich insbesondere in dem Subindikator, der die unangemessene Einflussnahme durch die Regierung an sich und deren Ausmaß bewertet.

KATEGORIE	RATING
GESAMTRATING RECHTLICHE SICHERHEIT	B
SCHUTZ DER EIGENTUMSRECHTE (1)	B
UNABHÄNGIGKEIT DER GERICHTE (2)	B
DURCHSETZBARKEIT VON VERTRÄGEN (3)	B
FUNKTIONSFÄHIGKEIT DES JUSTIZSYSTEMS (4)	B
KORRUPTION (5)	B+

Tabella 5: Rating Rechtliche Sicherheit

Im Folgenden wird diskutiert, inwiefern Rechtsstaatlichkeit und -sicherheit noch bestehen, für den Fall, dass man in Polen geschäftlich tätig werden möchte.

3.1 Schützt der Staat die Eigentumsrechte von Bürgern und Unternehmen?

Es gilt als äußerst unwahrscheinlich, durch den polnischen Staat enteignet zu werden.⁴¹ Grundsätzlich besteht jedoch die Möglichkeit, im Falle von wichtigen, alternativlosen (Groß-)Projekten mit großem Interesse für die Allgemeinheit einer Enteignung anheim zu fallen. Beispiele hierfür sind nationale Sicherheitsbedenken, aber auch Infrastrukturmaßnahmen wie der Ausbau des öffentlichen Straßennetzes. Die Enteignung von Liegenschaften ergeht dann zugunsten des Finanzministeriums oder einer Kommune, jedoch muss eine Kompensationszahlung geleistet werden, die dem Marktwert des enteigneten Guts entspricht.⁴²

Neben den klaren rechtlichen Bestimmungen gibt es jedoch Defizite bei der Geltendmachung von Eigentumsrechten, da die Durchsetzung häufig erst nach Verzögerungen und mit ungenügendem Nachdruck geschieht.⁴³ Dieser Umstand spiegelt sich in einem 45. Rang weltweit für die Kategorie „Property Rights“ des 2018er Index of Economic Freedom wider. Mit 68,5 von 100 möglichen Punkten liegt Polen gleichauf mit Malta, verbleibt damit jedoch beispielsweise zehn Punkte hinter Estland.⁴⁴ Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten liefert Polen hiermit eine durchschnittliche Leistung ab.⁴⁵

3.2 Sind die Gerichte unabhängig vom Einfluss der Exekutive und anderer staatlicher Organe?

Die Wertung in der Rubrik „No improper government influence“ des Rule of Law Indexes ist im Falle Polens in den letzten Jahren massiv gefallen. Vor der Verfassungskrise, die Ende 2015 eingesetzt hatte, konnte das Land noch 0,77 von einem möglichen Punkt erreichen, mit der Folge, dass das damalige polnische Justizsystem zuverlässiger und vertrau-

enswürdiger als das französische oder italienische eingestuft wurde.⁴⁶

Aufgrund der Entwicklungen, die sich jedoch in den letzten zwei Jahren vollzogen haben,⁴⁷ verschlechterte sich das Rating nun um 0,18 Punkte in der neuesten Erhebung des Indexes.⁴⁸ Damit einher geht,

dass mehrere europäische Länder wie Griechenland, Rumänien und Spanien nun an Polen vorbeiziehen,⁴⁹ was bedeutet, dass deren Gerichte grundsätzlich

freier und unabhängiger von den Regierung agieren können.

3.3 Sind Verträge grundsätzlich vor Gericht durchsetzbar?

Indem das Land hier nur 63,44 von möglichen 100 Punkten erzielt, erreicht Polen in der Kategorie „Enforcing Contracts“ der von der Weltbank erhobenen, globalen Studie „Doing Business“, nur den 55. Rang.⁵⁰ Daher platziert es sich in diesem Teilbereich hinter dem Kosovo oder Belgien⁵¹ und entspricht dabei jedoch fast dem europäischen Durchschnitt, da sowohl zum regionalen Spitzenreiter Litauen (Platz 4 auf der Weltrangliste) als auch zum Schlusslicht Zypern (Platz 138) jeweils ca. 15 Punkte fehlen.⁵² Im Durchschnitt muss ein Zeitraum von 685 Tagen verstreichen, bis

ein (Handels-)Streit vor Gericht gelöst werden kann. Hinzu kommen durchschnittliche Kosten in Höhe von 19,4 % des Streitwertes, was fast doppelt so viel ist, wie der Wert der in Island angesetzt werden muss.⁵³ Des Weiteren lohnt es sich, einen Blick auf die Regionen unterhalb der nationalen Ebene zu werfen: Das im Land nordöstlich gelegene Allenstein (Olsztyn) liefert unter allen größeren Gemeinden die beste Leistung ab (328 Tage / 15,3 %), wohingegen Danzig (Gdansk) am schlechtesten (715 Tage / 19,7 %) abschneidet.⁵⁴

3.4 Ist das Justizsystem funktionsfähig?

Aufgrund der seit 2015 verabschiedeten Justizreformgesetze, in welchen Kritiker eine Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit vermuten, wurde Polen im Bereich „Judicial Effectiveness“ des Index of Economic Freedom von 58 Punkten im Jahr 2017 auf nun 56,6 Punkte in der Ausgabe 2018 herabgestuft.⁵⁵ Damit rangiert das Land fast sechs Punkte unterhalb des europäischen Durchschnittswerts von 62,3 und erhält für die Funktionalität seines Justizsystems eine schlechtere Bewertung als Griechenland, Italien, Rumänien und Weißrussland.⁵⁶ Über die letzten Jahre ist zudem die Punktzahl für die Kategorie der wahrgenommenen Unabhängigkeit der Justiz aus Sicht von Unternehmern, die vom Weltwirtschaftsforum erhoben wird, gesunken: In einem Vergleich

mit EU-Mitgliedsstaaten in dem Zeitraum von 2015-2016 erzielte Polen die sechschlechteste Platzierung von allen.⁵⁷

Falls die PiS weiterhin versuchen wird, nicht nur alle Staatsanwälte sondern auch jeden einzelnen Richter ernennen zu können, muss hinterfragt werden, ob in Polen tatsächlich noch Rechtssicherheit herrscht. Es liegt nämlich dann im Bereich des Möglichen, dass ausländische Unternehmer, die sich beispielsweise in einem Rechtsstreit mit Behörden, staatlichen Unternehmen oder Organisationen befinden, in Zukunft mit rechtlichen Nachteilen rechnen müssen.⁵⁸

3.5 Inwiefern und in welchen Regierungsbereichen ist Korruption vorhanden?

In Bezug auf den Umfang und das Ausmaß von Korruption in Polen kommen diverse Indizes zu unterschiedlichen Bewertungen: Während polnische Staatsbürger dem „Eurobarometer“ zufolge zuletzt den Eindruck hatten, dass die Bestechlichkeit im Amt immer noch weit verbreitet, aber auf dem Rückgang ist,⁵⁹ kommt der Corruption Perception Index für das Jahr 2017 zum Ergebnis, dass über die letzten fünf Jahre hinweg kein nennenswerter Fortschritt erzielt

wurde.⁶⁰ Zuletzt erzielte Polen 60 von 100 möglichen Punkten, was, global gesehen, einem 36. Platz entspricht.⁶¹ Damit schneidet es besser als Italien, Ungarn und Griechenland ab, liegt jedoch immer noch mehr als 20 Punkte hinter Luxemburg oder Deutschland.⁶²

In der Rubrik „Absence of Corruption“, in welcher vom World Justice Project innerhalb des Rule of Law

Index ein Rating für 113 Ländern erhoben wird, zeichnet sich ein ähnliches Ergebnis ab: Mit einem Wert von 0,72 erreicht Polen einen guten 22. Platz; im regionalen⁶³ Vergleich hingegen muss sich das Land im hinteren Mittelfeld (Rang 15 von 24) einordnen.⁶⁴ Ein signifikanter Auf- oder Abwärtstrend ist hier nicht auszumachen, jedoch zeigt sich, dass Beamte der Legislative und Exekutive (mit Ausnahme der Polizei und des Militärs) als die korruptesten im Staat

gelten.⁶⁵ Zuletzt zeigt die Studie, dass Investoren davon ausgehen müssen, dass faire Geschäftspraktiken von Bestechlichkeit und Klientelismus überlagert werden können: Ein Fünftel aller befragten Unternehmen gab an, bereits Bestechungsgelder "to get things done"⁶⁶ an Beamte gezahlt oder sich mit unrechtmäßigen Zahlungen Vorteile im öffentlichen Auftragswesen erkaufte zu haben.⁶⁷

4. CYBERSICHERHEIT

Die Bedrohung durch cyberkriminelle Handlungen ist Bestandteil der offiziellen Liste, die vorgibt, welche Situationen in Polen zu Krisen führen können.⁶⁸ Folglich gelten funktionierende Strategien zur Cybersicherheit als essentiell zum Schutz des Landes

und seiner Unternehmen. Im Global Cybersecurity Index (GCI) von 2017, der von der Internationalen Fernmeldeunion herausgegeben wird, erzielt Polen auf einer Skala von 0 bis 1 0,622 Punkte, was Rang 33 von 192 Ländern entspricht.⁶⁹ Nicht nur dieses Rating, sondern auch immer wiederkehrende Nach-

KATEGORIE	RATING
GESAMTRATING CYBERSICHERHEIT	B+
JURISTISCHE VORAUSSETZUNGEN (1)	B+
INSTITUTIONELLE VORAUSSETZUNGEN (2)	A-
TECHNISCHE SCHUTZVORRICHTUNGEN (3)	B+

Tabelle 6: Rating Cybersicherheit

richtenmeldungen über russische Hackingversuche oder Ransomware, wie beispielsweise „Petya“ und „WannaCry“, zeigen, dass in Bezug auf die polnische Cybersicherheit noch viel Raum für Verbesserungen vorhanden ist.

4.1 Hat der Staat die juristischen Voraussetzungen geschaffen, um Cyberkriminalität zu bekämpfen?

Im Jahr 2014 konnte Polen, gemessen an der voll erreichten Punktzahl⁷⁰ im GCI für das Vorhandensein rechtlicher Grundlagen für Cybersicherheit und die Bekämpfung von -kriminalität, bereits Länder wie die Niederlande, Schweden oder die Schweiz hinter sich lassen.⁷¹ Die Basis hierfür wurde bereits in den 90er Jahren gelegt, als nach einer Empfehlung des Europarates aus 1989 eine Mindestliste von kriminellen Handlungen, die mit dem Computer durchgeführt werden, 1997 unter Strafe gestellt wurden.⁷² Bis heute wurden zahlreiche weitere Tatbestände hinzugefügt, wie es zum Beispiel in den Jahren 2004 und 2008 geschah.⁷³ Zusätzlich unterschrieb Polen 2001 die vom Europarat initiierte Budapest-Konvention über Cyberkriminalität, die dann 2009 ratifiziert wurde.⁷⁴ Diese sollte zu einer Harmonisierung der unterschiedlichen Standards in den europäischen Ländern

und zu einer verbesserten, länderübergreifenden Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von cyberkriminellen Handlungen führen. Seitdem sind mehrere Aktionsprogramme und -pläne ins Leben gerufen worden, die zur Verteidigung und zum Schutz des polnischen Cyberspace weitere Gesetzes(änderungs)vorschläge beinhalteten.⁷⁵ 2015 veröffentlichte das Nationale Sicherheitsbüro eine "Cyber Security Doctrine", die Ziele, Risiken und mögliche Maßnahmen aufzeigte⁷⁶ und deshalb als eines von mehreren Strategiepapieren gewertet wird, "that shapes the cyber security landscape."⁷⁷ Schließlich wurde vom Ministerium für Digitalisierung im März 2017 ein neuer Entwurf veröffentlicht, der Cybersicherheitsstrategien für die Jahre 2017 bis 2022 thematisiert und weitere Gesetzgebungsarbeiten ankündigt.⁷⁸

4.2 Welche institutionellen Voraussetzungen stehen zur Verfügung, um die Cybersicherheit auf nationaler Ebene zu gewährleisten und weiterzuentwickeln?

Die politische und strategische Verantwortung für die Cybersicherheit sowie dessen Management verteilt sich in Polen im Wesentlichen auf das Ministerium für Digitalisierung und auf das Verteidigungsministerium, je nachdem ob zivile oder militärische Einrichtungen durch Cyberattacken bedroht sind; allerdings sind weitere, ebenfalls entscheidende Kompetenzen auch auf andere Ministerien, Behörden und öffentliche Stellen zugewiesen.⁷⁹ Seit 2016 wird das Nationale Cybersicherheitscenter (NC CYBER) durch das Digitalisierungsministerium beaufsichtigt, welches als Frühwarnzentrum rund um die Uhr netzbezogene Bedrohungen überwacht.⁸⁰ Zudem kooperiert dieses „in this field with administration, commercial enterprises and research environment.“⁸¹ Führende Unternehmen in der Telekom-

munikations-, Energie-, Finanz- oder Verkehrsbranche haben beispielsweise zu ihrem Schutz Partnerschaftsabkommen mit NC CYBER abgeschlossen.⁸²

Da die letzte verfügbare Bewertung des GCIs zu den institutionellen Voraussetzungen aus dem Jahr 2014 stammt, muss beachtet werden, dass die erreichte Punktzahl von 0,625 in der Kategorie „Organizational“ zum jetzigen Zeitpunkt wahrscheinlich höher ausfallen würde, da 2015 und 2016 viele Maßnahmen zur Verbesserung der Cybersicherheit in die Wege geleitet worden sind. Aber auch ohne diese Fortschritte konnte Polen im Ranking damals bereits eine bessere Platzierung als Frankreich, Dänemark und Portugal erzielen.⁸³

4.3 Welche (technischen) Schutzmaßnahmen ergreift das Land, um Cyberrisiken bestmöglich zu begrenzen oder abzuwehren?

Eben dieser Einwand muss auch beim regionalen Vergleich über die „Existenz von technischen Einrichtungen sowie Rahmenbedingungen zum Umgang mit Cybersicherheit“⁸⁴ vorgebracht werden: In der Rubrik „Technical“, die unter anderem das Vorhandensein und das Funktionieren von Computersicherheitsereignis- und Reaktionsteams (CERT) beurteilt, erreicht Polen im GCI von 2014 gerade mal 0,3333 Punkte bei einer Skala von 0 bis 1.⁸⁵ Zu diesem Zeitpunkt waren die technischen Vorkehrungen des Landes vergleichsweise ungenügend und auf demselben schwachen Level wie die Maßnahmen, die in Österreich, Griechenland und Island getroffen wurden.⁸⁶

Der 2017 herausgegebene Länderbericht des NATO Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence in Tallinn zeichnet hingegen ein anderes Bild: “[T]he [Polish] operational and cyber incident management system is praised for its effectiveness and its fast responses to attacks directed against ICT systems and offered services.”⁸⁷ Zu dieser Struktur gehören einerseits das staatliche Computersicherheitsereignis- und Reaktionsteam (CERT.GOV.PL), welches seit 2008 cybersicherheitsrelevante Vorfälle im zivilen und administrativen Bereich abwickelt und, organi-

satorisch gesehen, auf der Ebene unter den Ministerien angesiedelt ist.⁸⁸ Zudem existiert für Cyberattacken auf militärische Einrichtungen das passende Gegenstück MIL-CERT PL, welches im selben Jahr etabliert wurde und zur Aufgabe die Sicherung des militärischen Netzwerkes hat.⁸⁹

Trotz der existierenden staatlichen Strategien und -einrichtungen, die auf die Absicherung des polnischen Cyberspace abzielen, sollte es für Unternehmen weiterhin wichtig sein, die öffentlichen Maßnahmen durch eine zusätzliche solide und umfassende Cybersicherheitspolitik abzurunden und damit das eigene Schutzschild gegen cyberkriminelle Übergriffe zu maximieren.

5. MARKTSTRUKTUR

Seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes hat sich Polen in wenigen Jahren von einer ehemals dem Zentralplan unterworfenen (Miss-)Wirtschaft zu einer Marktwirtschaft mit breitem Industrie- und Dienstleistungssektor verwandelt. Deren Wachstum konnte nicht einmal zu Hochzeiten der Finanz- und Eurokrise gestoppt werden.

KATEGORIE	RATING
GESAMTRATING MARKTSTRUKTUR	A
GRÜNDUNG VON NIEDERLASSUNGEN (1)	A-
BENACHTEILIGUNG VON AUSLÄNDISCHEN UNTERNEHMEN (2)	A-
IMPORT- ODER EXPORTHÜRDEN (3)	A+
RISIKEN IM ZAHLUNGSBEREICH (4)	A
HANDELSEMBARGOS ODER SANKTIONEN (5)	A+
BRANCHENDIVERSITÄT (6)	A
WIRTSCHAFTLICHES INTERESSE DES LANDES (7)	B+

Tabella 7: Rating Marktstruktur

Trotzdem bemüht sich die Regierung weiterhin, ökonomische Defizite zu beseitigen, um die Zahl der Investitionen, aber auch die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu erhöhen. 2018 erreichte das Land im Index of Economic Freedom eine Gesamtpunktzahl von 68,5/100 Punkten, was

dem 45. Rang entspricht. In letzter Konsequenz bedeutet dies, dass Polen im Gesamten offener und zugänglicher für unternehmerische Aktivitäten ist als beispielsweise Belgien, Spanien, Frankreich und Italien.⁹⁰

5.1 Wie leicht und schnell lassen sich Firmen bzw. Niederlassungen gründen?

Dem Index of Economic Freedom zufolge wird Geschäftstätigkeit hauptsächlich aufgrund des rechtlichen Reformbedarfs sowie einer mangelnden unternehmerischen Freiheit, deren Niveau unter dem vieler Staaten Europas angesiedelt ist, erschwert.⁹¹ Diese Mankos führen, in Zahlen ausgedrückt, zu einem Wert von 67,2/100 Punkten im Bereich „Business Freedom“, womit Polen knapp sieben Einheiten unter dem europäischen Durchschnitt von 74,9 liegt.⁹² Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich hier zudem eine Verschlechterung von -0,6 Punkten.⁹³

Auf den ersten Blick werden diese Ergebnisse noch von den Befunden des Doing Business Reports überschattet: In der Kategorie „Starting a Business“ werden die hohen Gründungskosten sowie der hohe Betrag, den „the entrepreneur needs to deposit [...] before registration and up to 3 months following incorporation“⁹⁴ als Defizite angeführt. Diese sind hauptsächlich für die schlechte Wertung von 82,78/100 Punkten und dem dazugehörigen 120. Rang verantwortlich. Es fallen zudem durchschnittlich Kosten in Höhe von 12% des Pro-Kopf-Einkommens an und man benötigt im Mittel 37 Tage, um ein Unter-

nehmen zu gründen.⁹⁵ Man muss jedoch anmerken, dass andere Staaten wie Deutschland (83,46/100, Rang 113), Bulgarien (85,37/100, Rang 95) oder Tschechien (87,44/100, Rang 81) eine nur leicht bessere Punktzahl erhalten haben, die aber letztendlich zu großen Änderungen in der globalen Rangliste führen können. Trotz diesem Umstand bleibt Polen im Vergleich mit den europäischen und OECD-Staaten in dieser Disziplin weiterhin das Schlusslicht.⁹⁶

5.2 Inwiefern werden ausländische Unternehmen bei Investitionen benachteiligt und welche Nationen sind aktuell im Land aktiv?

Hinsichtlich der Dimension „Investment Freedom“, die ebenfalls vom Index of Economic Freedom erhoben wird, zeigt Polen im Vergleich über insgesamt 180 Länder überdurchschnittliche Leistungen. Mit 75/100 Punkten gilt das Land im dritten Jahr in Folge als „mostly free“, reiht sich im Ranking jedoch noch hinter Ungarn, Tschechien oder Italien ein.⁹⁷

Die PiS hat, dessen ungeachtet, seit ihrem Wahlsieg mehrere Maßnahmen in die Tat umgesetzt, die im Sinne des propagierten ‚ökonomischen Patriotismus‘ ausländisches (Groß-)Kapital benachteiligt.⁹⁸ Als Beispiel hierfür können die Banken-⁹⁹ und Einzelhandelssteuer von 2016 herangezogen werden, die eine größere finanzielle Belastung für ausländische Firmen darstellen; letztere wurde jedoch bereits von

der Europäischen Kommission annulliert.¹⁰⁰ Zusätzlich wurde der Ausbau erneuerbarer Energie unter der ehemaligen Ministerpräsidentin Beata Szydło ausgebremst, die insbesondere 2016 ihre schützende Hand über die Vormachtstellung des heimischen Kohlesektors in der Energiebranche hielt.¹⁰¹

Alles in allem zeigt sich jedoch, dass ausländische Geschäftstreibende in Polen nicht auf besondere Restriktionen stoßen. Davon profitieren hauptsächlich fünf europäische Staaten: Ca. ein Drittel aller ADI-Zuflüsse stammen aus den Niederlanden; weitere 25 % haben ihren Ursprung in Deutschland. Luxemburg belegt mit einem Anteil von 15 % den dritten Rang, noch vor Frankreich und Österreich mit jeweils etwa 7 %.¹⁰²

5.3 Existieren Import- oder Exporthürden?

Da der Handel einen wichtigen Stellenwert in der polnischen Wirtschaft besitzt, wäre es für das Land äußerst kontraproduktiv, wenn es Export- oder Importhürden aufbauen würde.¹⁰³ Obwohl sich die nichttariflichen Handelshemmnisse geringfügig auf die Handelsfreiheit auswirken, zeigen der vergleichsweise niedrige Zollsatz von durchschnittlich 1,6 %¹⁰⁴ sowie die wenigen rechtlichen Einschränkungen für Aus-

landsinvestitionen, dass Polen als offener Markt gelten kann.¹⁰⁵ Eine gute Wertung über 86,7/100 Punkten im Subindikator „Trade Freedom“ des Index of Economic Freedom bestätigt diese Einschätzung.¹⁰⁶ Polen erreicht in der Bewertung einen besseren Platz als Frankreich oder Griechenland; die jeweiligen Märkte Luxemburgs, Albanien und Norwegens gelten jedoch noch als offener für den Handel.¹⁰⁷

5.4 Welche Risiken bestehen im Zahlungsbereich, insbesondere bezüglich des Konvertierungs- und Transferrisikos?

Da Polen zurzeit nicht zur Eurozone gehört und auch nicht Teil des Wechselkursmechanismus-II-Abkommens (ERM II) ist, wird hier die Stabilität des polnischen Złoty (PLN) eruiert, der nur lose an EU-Zielvorgaben wie die Maastricht-Kriterien gebunden ist.

Aufgrund der verschiedenen ökonomischen Reformen, die nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Regimes durchgeführt wurden, führte die Währungskrise, die bereits Ende der 1980er Jahre einsetzte, 1990 zu Preissteigerungsraten von über 500 %.¹⁰⁸ Mittlerweile gilt der PLN als eine vergleichsweise stabile Währung, da die Inflationsrate durchgehend seit 2001 nicht mehr den einstelligen

Bereich verlassen hat.¹⁰⁹ Dieser Befund wird durch einen relativ niedrigen Transferrisikowert in Höhe von 15,2 % gestützt, den die Funk Gruppe innerhalb seiner Political Risk Map 2018 ermittelt hat.¹¹⁰ Mit Ausnahme der Meldepflicht, die für Banken und Finanzinstitute gilt, gibt es keine rechtlichen Einschränkungen für Fremdwährungsgeschäfte sowie Finanztransaktionen in ausländische Staaten auch außerhalb des Schengenraums.¹¹¹

Polens erzielte Punktzahl für das Beobachtungsjahr 2018 in der Rubrik „Monetary Freedom“ des Index of Economic Freedom bestätigt die weitreichende Freizügigkeit, weist jedoch auf Preiskontrollen in Be-

reichen wie z.B. der Pharmazie oder dem Taxiverkehr hin.¹¹² Mit 85/100 Punkten schneidet Polen in etwa gleich gut wie Deutschland oder die Schweiz ab und

erreicht sogar eine bessere Punktzahl als beispielsweise Frankreich und Belgien.¹¹³

5.5 Gibt es Embargos oder Handelssanktionen?

Zurzeit ist Polen weder internationalen Handelssanktionen ausgesetzt noch von Embargos betroffen.¹¹⁴ Aufgrund seines demokratischen Aufbaus, einer vergleichsweise friedlichen Außenpolitik sowie der

Mitgliedschaft in der EU kann das Risiko, dass dem Land zukünftig solche Strafmaßnahmen auferlegt werden, als sehr gering eingeschätzt werden.

5.6 Welche Branchen sind im Land vertreten?

Im Jahr 2016 stellten Maschinen und Elektronikzeugnisse, wie z.B. Bildschirme und Monitore, aber auch digitale Steuereinheiten mit einem Anteil von fast 25 % an allen produzierten Gütern den wichtigsten Sektor Polens dar.¹¹⁵ Verkehrsmittel (wie beispielsweise Automobilteile und -fahrzeuge von Fiat oder VW) trugen zu weiteren 15 % bei, während Metalle und deren Verarbeitung immerhin noch 9 % aller Produkte ausmachten.

Zudem erweisen sich die Plastik- und Gummiproduktion, sowie die Chemie- und Lebensmittelindustrie noch als bedeutsame Branchen.¹¹⁶ Da 80 % des polnischen Stroms in Kohlekraftwerken erzeugt wird,¹¹⁷

gilt der Kohlebergbau als strategisch wichtig und wird von staatlichen oder öffentlich geförderten Unternehmen dominiert, die somit nur bedingt dem Prinzip des freien Wettbewerbs unterliegen.¹¹⁸ Da zudem zehntausende Arbeitsplätze von diesem Sektor abhängig sind, die, wenn überhaupt sozialverträglich abgebaut werden müssen, bietet die Branche der erneuerbaren Energien in Polen auf kurze Sicht weniger rentable Möglichkeiten als die in anderen Ländern. Dasselbe trifft auch auf den Energiemarkt als Ganzes zu; dieser ist „dominated by four other entities which are controlled by the State Treasury“.¹¹⁹

5.7 Gibt es besondere wirtschaftliche Interessen des Landes?

Mit dem Wahlsieg der PiS und dem Amtseintritt Beata Szydło Ende 2015 setzte ein beunruhigender Trend seitens der Regierung ein: Diese sprach sich für die „Dekolonialisierung“ der polnischen Volkswirtschaft aus und warb für ihren Kurs des ökonomischen Patriotismus.¹²⁰ Maßnahmen, die dieser Strategie vollstens entsprechen, wurden bereits 2016 durchgeführt (siehe 5.2): Die Regierung brachte zwei Gesetze auf den Weg, um große ausländische Firmen finanziell abzustrafen und um mit den gewonnenen Einnahmen vermehrt Investitionen in die heimische Wirtschaft zu tätigen. Die „Strategie für eine verantwortungsvolle Entwicklung“, die Anfang 2017 verabschiedet wurde, beinhaltet weitere Leitpunkte zur Bekämpfung der bisherigen ‚Misswirtschaft‘.¹²¹ Mateusz Morawiecki klagte zudem später in einem Interview über den Wirtschaftszustand: Darin kriti-

sierte der damalige Entwicklungs- sowie Finanzminister und jetzige Regierungschef die Abhängigkeit Polens von ausländischem Kapital sowie den Mangel an Investitionen in wichtige, heimische Sektoren, wodurch das eigene industrielle Fundament langfristig geschwächt würde.¹²² Aufgrund der durch die Regierung vorgenommenen Problemdefinition und der bereits umgesetzten Maßnahmen empfiehlt es sich für Investoren, nicht nur die zukünftige Wirtschafts- und Finanzpolitik sorgsam zu beobachten, sondern auch regelmäßig nachzuprüfen, inwieweit der eingeschlagene Pfad des Protektionismus künftig verfolgt wird, da am Ende dieser potenziellen Entwicklung Nachteile gegenüber ausländischem Kapital zu erwarten wären.

6. ARBEITSMARKT

Aufgrund der aussichtsreichen Konjunkturlage verzeichnete die polnische Beschäftigungsquote im Jahr 2017 einen weiteren Anstieg zum vierten Mal in Folge. Eine Trendwende hierfür ist zunächst nicht in Sicht. Befragungen von in Polen angesiedelten Unternehmen ergaben, dass unter ihnen eine hohe Bereitschaft existiert, neue Mitarbeiter einzustellen.¹²³ Die steigende Nachfrage nach (Fach-)Arbeitskräften wird gezwungenermaßen auf lange Sicht innovative Rekrutierungsmaßnahmen und -prozesse einfordern.

KATEGORIE	RATING
GESAMTRATING ARBEITSMARKT	B
ARBEITSMARKTSTRUKTUR (1)	B
VERFÜGBARKEIT VON QUALIFIZIERTEN MITARBEITERN (2)	B+
WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES MARKTES (3)	B
BESONDERHEITEN (4)	B+

Tabelle 8: Rating Arbeitsmarkt

Im Folgenden werden daher die aktuelle Entwicklung, die Risiken, aber auch Chancen des polnischen Arbeitsmarkts diskutiert.

6.1 Wie ist der Arbeitsmarkt strukturiert (Arbeitskräftepotenzial, Erwerbsquote etc.)?

Im Februar 2018 waren 1.126.700 Personen in Polen arbeitslos gemeldet, was einer Quote von 6,8 % entspricht.¹²⁴ Damit sank die Rate im fünften Jahr in Folge.¹²⁵ Insgesamt 53,7 % der erwerbsfähigen Bevölkerung gingen einer Beschäftigung nach,¹²⁶ so dass ein Drittel der potenziell vorhandenen polnischen Arbeitskräfte für den Markt inaktiv verbleibt. Darunter befinden sich überproportional häufig Frauen, die sich aufgrund der in Polen durch den starken Einfluss der katholischen Kirche noch vorherrschenden, eher traditionellen Rollenverteilung sowie den durch die PiS umgesetzten sozialen Vergünstigungen zur Unterstützung von Familien eher dafür entscheiden, keine Tätigkeit aufzunehmen.¹²⁷

Mit einer Quote von 17,7 % im Jahr 2016 gilt die Jugendarbeitslosigkeit in Polen als vergleichsweise niedrig, insbesondere wenn sie für einen Vergleich mit den Werten anderer EU-Staaten wie Griechenland, Frankreich oder Spanien herangezogen wird. Sie ist jedoch immer noch zweimal höher als die Ra-

ten in den Niederlanden, Deutschland oder Tschechien.¹²⁸

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ein noch ungenutztes und großes Arbeitskräftepotenzial in der polnischen Bevölkerung schlummert, da eine Vielzahl von bislang inaktiven Erwerbsfähigen in den Arbeitsmarkt eingefügt werden könnte. Werden diese jedoch in Zukunft nicht mit geeigneten politischen Maßnahmen aktiviert und damit zur Integration herangezogen, ist zu erwarten, dass der Pool mit möglichem Personal schrumpfen wird: Die künstliche Reduzierung der Zahl der Arbeitskräfte durch ein Gesetz zur Senkung des Renteneintrittsalters,¹²⁹ ein siebenstelliger Betrag an Polen, die im Ausland tätig sind,¹³⁰ das neue Kindergeld, was Arbeitsanreize schmälert (siehe oben) sowie die gute Konjunkturlage werden weiterhin den Fachkräftemangel befeuern, der zurzeit insbesondere noch von ukrainischen Migranten abgemildert wird.¹³¹

6.2 Ist die Versorgung mit qualifizierten Mitarbeitern gesichert?

Für seine Fähigkeit, Möglichkeiten zur Hochschul- und Berufsbildung anzubieten, erhält Polen im Ranking des Weltwirtschaftsforums 5 von 7 Punkten, was im Vergleich mit 137 Ländern dem 40. Platz ent-

spricht. Damit erzielt Polen eine bessere Leistung als z.B. Italien (Rang 41), Lettland (Rang 42), Zypern (Rang 46) oder Luxemburg (Rang 50).¹³²

Die Zahl der Hochschuleinrichtungen - es existieren insgesamt 434 innerhalb der Landesgrenzen¹³³ - ist in Relation zur Bevölkerung mit 38,5 Mio. (Stand: Juni 2017) bemerkenswert hoch und führt zu einer Rate von 11,29 tertiären Bildungsstätten auf eine Million Einwohner.¹³⁴ Polen kann damit mehr als doppelt so viele hochqualifizierende Institute als beispielsweise Deutschland (5,17/1 Mio.) ausweisen; im Vergleich zu Italien beträgt der Unterschied etwa das Zehnfache (1,27 /1 Mio.).¹³⁵

Damit einher geht auch eine höherer Akademikerquote: 43,4 % der polnischen Bevölkerung besaß 2016 einen Hochschulabschluss, während es hingegen in Deutschland nur 32,3 % und in Italien 25,3 % waren.¹³⁶ Von den bestqualifiziertesten Kräften waren 2016 nur 3,6 % von Arbeitslosigkeit betroffen.¹³⁷ Auf der anderen Seite waren 7,6 %¹³⁸ der eher besser und 14 % der eher schlechter Ausgebildeten¹³⁹ als arbeitssuchend gemeldet.

6.3 Wie wettbewerbsfähig ist der Arbeitsmarkt (Lohnkosten, Produktivität etc.)?

Unternehmen sind angesichts der guten Konjunktur und sinkender Arbeitslosigkeit mehr und mehr einem steigenden Lohndruck ausgesetzt, dessen Intensität jedoch je nach Branche und Firmenstandort erheblich variieren kann.¹⁴⁴ Auf lange Sicht führt dieser Trend zwingend zu einer strukturellen Transformation der polnischen Wirtschaft, innerhalb derer sich das Land von einem Niedriglohn- zu einem modernen Industriestandort entwickeln wird und deren Anfänge bereits von der Regierung Polens forciert und begleitet werden.¹⁴⁵

Ungeachtet der jüngsten Entwicklungen, wie z.B. dem kontinuierlichen Anstieg des Mindestlohns und der durchschnittliche Erhöhung desselbigen um 4 % pro Jahr,¹⁴⁶ kann Polen immer noch als ein für Investitionen attraktives Land gelten: 2017 beliefen sich die Lohnkosten pro Arbeitsstunde auf 9.40 EUR, womit Polen definitiv näher am Niedriglohnspitzenreiter Bulgarien mit einem Betrag von 4.90 EUR pro Stunde liegt als am Hochlohnland Dänemark mit stündlichen Lohnkosten von 42.50 EUR.¹⁴⁷ Der Anteil der Sozialabgaben, den der Arbeitgeber abführen muss, entsprechen einem Satz von 22 %, was 2016 die zehntniedrigste Rate aller EU-Mitgliedsstaaten darstellte.¹⁴⁸ Auch wenn sich das Lohnniveau im Vergleich

Aufgrund verschiedener Faktoren wie (1) dem schwach negativen Trend in der Einschulungsquote im tertiären Bildungsbereich,¹⁴⁰ (2) der andauernden Emigration von hochqualifizierten Fachkräften sowie dem (3) Fachkräftemangel in speziellen Branchen (z.B. (Fach-)Handwerk, Maschinenbau, IT) ist insgesamt eine bedenkliche Entwicklung im Hinblick auf die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal zu erwarten.¹⁴¹ Deshalb ist es unabdingbar, dass die polnische Regierung, aber auch die Unternehmen selbst, geeignete Gegenmaßnahmen treffen und Anreize schaffen, beispielsweise indem der bisher unterfinanzierte tertiäre Bildungsbereich mehr Zuwendungen erhält oder flexiblere Arbeitszeit- und Weiterbildungsmodelle geschaffen werden.¹⁴² Geschieht dies nicht, wird die Rekrutierung von Mitarbeitern und Angestellten geschäftliche Unternehmungen zukünftig noch mehr verkomplizieren, insbesondere im polnischen MINT-Bereich.¹⁴³

ungleich rapider erhöht, konnte die Produktivität der polnischen Wirtschaft weiter gesteigert werden.¹⁴⁹ Die Arbeitsproduktivität pro Arbeitsstunde verbesserte sich zwischen 2010 und 2017 um etwa 20 %.¹⁵⁰

Trotzdem zeigt sich in der globalen Betrachtung, dass noch einige Defizite bestehen. In der Kategorie „Labor Market Efficiency“ des Global Competitiveness Report 2017/2018 erreichte Polen einen vergleichsweise schlechten 78. Rang unter 138 Ländern; hauptsächlich deshalb, weil seine Leistungen in drei Teildisziplinen deutlich hinter den Erwartungen zurückblieben: Erstens mache die ungünstige Besteuerungsweise praktisch jegliche Arbeitsanreize zunichte; zweitens scheitere das Land daran, ausländische Talente anzuziehen und drittens seien die Einstellungs- und Entlassungsverfahren zu aufwändig und mühselig.¹⁵¹ Im Rating bildet Polen daher zusammen mit den Balkanstaaten in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit des Arbeitsmarktes die Schlussgruppe Europas.¹⁵²

6.4 Existieren landesspezifische Besonderheiten (z.B. hinsichtlich des Arbeitsrechtes)?

Als Mitgliedsstaat der EU besitzt Polen gewisse Minimalstandards im Arbeitsrecht und -schutz. Diese Bestimmungen werden zusätzlich durch nationale Vorgaben ergänzt, die im Arbeitsgesetzbuch rechtlich geregelt sind.

„In 2016 new labour control requirements were introduced in regard of employers posting their workers to Poland.“¹⁵³ Seitdem existieren für die Unternehmen, die Arbeiter in das Land entsenden, Pflichten, wie z.B. die Bestimmung einer Kontaktperson vor Ort in Polen, welcher wichtige Dokumente, wie beispielsweise der Arbeitsvertrag des entsandten Arbeitenden, vorliegen.¹⁵⁴ Mit dieser Maßnahme sollte der ohnehin schon beträchtlich ausgeprägte Arbeitnehmerschutz noch einmal verbessert werden.

Darüber hinaus existiert seit 1970 ein Mindestlohn, dessen Höhe zuletzt durch die Regierung im Septem-

ber 2017 neu angepasst wurde. Zuletzt betrug dieser 2.100 PLN pro Monat, was umgerechnet etwa 500 EUR entspricht (Stand: April 2018).¹⁵⁵ Im Hinblick auf das Lohnfindungssystem lässt sich sagen, dass überbetriebliche Kollektivverträge, wie sie z.B. oft in Deutschland ausgehandelt werden, in Polen eher unüblich sind.¹⁵⁶ Stattdessen wird sich häufig innerhalb des Unternehmens auf eine Vergütung geeinigt, was heißt, dass das Gehalt direkt zwischen dem Arbeitgeber auf der einen und dem einzelnen Arbeitnehmer oder einer Gewerkschaft auf der anderen Seite ausgehandelt wird.¹⁵⁷ Von der Tarifbindung profitieren zurzeit nur 25 % der abhängig Beschäftigten.¹⁵⁸ Zuletzt sollten Unternehmer bedenken, dass Angestellte von ausländischen Firmen in Polen eine höhere Vergütung für ihre Tätigkeit erwarten als von polnischen Mitbewerbern.¹⁵⁹

7. ZUKÜNFTIGE ENTWICKLUNG: DREI SZENARIEN

Nachdem zunächst der Staatsaufbau, die Wirtschaft und ihre Struktur betrachtet und die Annäherung an den Status quo Polens durch die Analyse weiterer Kategorien vorgenommen wurde, geht es nun im Folgenden um einen Ausblick auf zukünftige Ereignisse. Dies geschieht anhand von drei unterschiedlichen Szenarien, die auf Basis der im ersten Teil dargestellten Einschätzungen sowie im Hinblick auf „Polen (opposition)“, der den bedeutendsten Konflikt im Land darstellt, skizziert wird. Um ein möglichst breites Spektrum zu öffnen, werden entlang eines Best- und Worst-Case-Szenarios alle denkbaren, wenn auch extremen Situationen subsumiert. Zusätzlich wird ein Trendszenario vorgestellt, welches die wahrscheinlichsten Entwicklungen bei Fortführung des aktuellen politischen und wirtschaftlichen Kurses aufzeigt.

Die wichtigsten Ereignisse in Polens jüngster Vergangenheit, die uns zur Verfassungskrise und damit an den Ausgangspunkt der Szenarien bringen, setzen am 25. Juni 2015 ein, als die ehemalige Regierungskoalition, bestehend aus der PO und der PSL, am

Ende der siebten Legislaturperiode ein Gesetz zur Reformierung der Verfassungsrichterwahl verabschiedeten.¹⁶⁰ Da die Amtszeit von fünf Verfassungsrichtern regulär im November und Dezember selbigen Jahres geendet hätte, war es zumindest für einen Teil der Richter vorgesehen, dass diese von den neuen Parlamentariern nach der Wahl am 25. Oktober ernannt würden. Da jedoch bereits ein halbes Jahr vor dem Wahltermin abzusehen war, dass die PO ihre Mehrheit verlieren würde, sollte mit dem zuvor erwähnten Gesetz ermöglicht werden, dass die ausscheidenden Parlamentarier noch über alle fünf anstatt nur drei der Richter bestimmen konnten. Obwohl dies dann trotz der erheblichen Kritik seitens der Opposition (und vor allem der PiS) tatsächlich am 8. Oktober noch geschah, wurde die Ernennung der Richter letztendlich vom ehemaligen PiS-Politiker und jetzigen Staatspräsidenten Andrzej Duda aus Gewissensgründen nicht bestätigt. Aufgrund dieser Verzögerungen fiel dann letztendlich doch dem neuen Parlament, in welchem die PiS nun über eine absolute Mehrheit verfügt, die Aufgabe der Verfassungsrichterwahl auf der rechtlichen Grundlage zu, die zu-

vor von der Ex-Regierung eingeführt wurde.

Seit ihrem Wahlsieg im Oktober 2015 hat die neue Regierungspartei zudem neue Antiterrorismus-, Medien- sowie Überwachungsgesetze verabschiedet¹⁶¹ und darüber hinaus mehr als ein Dutzend Mal Änderungen an der Verfassungs- und ordentlichen Gerichtsbarkeit vorgenommen.¹⁶² Nicht nur diese, sondern auch der Versuch, die rechtlichen Bestimmung zum Schwangerschaftsabbruch zu verschärfen, haben mehrere Massenkundgebungen in den letzten zweieinhalb Jahren zur Folge gehabt. Zudem kam es von Seiten der EU und insbesondere der Europäischen Kommission zu lautstarker Kritik an der von der PiS geführten Regierung, die beschuldigt wurde, die Gewaltenteilung und die Unabhängigkeit der Justiz zu untergraben. Letztere hingegen verbat sich die Einmischung Brüssels, da die geäußerten Bedenken als politische Attacke auf die Souveränität des Landes gedeutet wurde.¹⁶³ Nach jahrelangen Verhandlungen kündigte Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans im Dezember 2017 dann die erstmalige Einleitung des Sanktionsprozesses, wie er im Artikel 7 des EU-Vertrages geregelt ist, an.¹⁶⁴ Ungarn unter seinem Ministerpräsidenten Viktor Orbán kündigte aber kurze Zeit später an, jegliche Versuche, die Polen durch den Entzug der EU-Stimmrechte sanktionieren zu wollen, abzublocken.¹⁶⁵ Als Alternative "the European Commission [ha]s consider[ed] linking mem-

ber-state subsidies to adherence to the rule of law, a step aimed at bringing a handful of Eastern European countries back into line."¹⁶⁶

Zuletzt haben sowohl Warschau als auch Brüssel versucht die Wogen zu glätten, auch nachdem von Polen die dreimonatige Deadline gerissen wurde, die Timmermans im Dezember 2017 angesetzt hatte¹⁶⁷ und innerhalb welcher die PiS Stellung zu den Vorwürfen der Kommission nehmen und Möglichkeiten zur Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit entwerfen sollte. Letztendlich nahm die polnische Regierung in der ersten Aprilhälfte Anpassungen an den Justizreformen vor, die von Kritikern allerdings als kosmetische Änderungen und Augenwischerei abgetan wurden.¹⁶⁷ Danach traf sich der Rat der Europäischen Union am 17. April 2018 und entschied, Polen für die Nachbesserungen einen Aufschub bis Mitte Mai zu gewähren, nachdem das Land zuletzt Kompromissbereitschaft zeigte.¹⁶⁸ Da die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU im Mai die nächste kritische Phase erreicht, werden die Gespräche und Ereignisse in besagtem Monat von höchster Bedeutsamkeit für die Zukunft Polens sein: Entweder werden sie zum Vorteil oder zum Nachteil für das Land ausfallen, dessen ökonomischer Erfolg doch stark von den Strukturmitteln der Europäischen Union abhängt.

7.1 Best-Case-Szenario - Die Annäherungsversuche führen Polen zurück auf den Europäischen Weg (Eintrittswahrscheinlichkeit: 0-20 %)

Im besten Fall wird die polnische Regierung im Mai 2018 erkennen, dass die Zusammenarbeit mit und innerhalb der Europäischen Union Vorteile für das Land und seine Wirtschaft bereithält, die mögliche Nachteile überwiegen. Daher wird das Regierungskabinet aktiv und schnellstmöglich die Liste¹⁶⁹ mit den Empfehlungen der Kommission abarbeiten und die Vorschläge, die zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit und der richterlichen Unabhängigkeit unbedingt umgesetzt werden müssen, annehmen. Damit wird der erste Stein für die Verbesserung der rechtlichen Sicherheit gelegt, sodass (vor allem ausländische) Unternehmen wieder Vertrauen in die polnische Regierung fassen. Indem ein solches Maß an kooperativem Verhalten nach außen hin gezeigt wird, verbessert sich die Beziehung zwischen Polen und

der Europäischen Union merklich. Letztere verfolgt nicht weiter den Ansatz, die polnische Regierung abzustrafen und sieht daher von Kürzungen der EU-Strukturfonds im MFR ab; stattdessen beschließt die Kommission den ursprünglich angedachten Anteil für Polen noch etwas zu erweitern. Diese Zusicherung, die die finanzielle Unterstützung Polens durch die EU über mehrere Jahre garantiert, wird einen erheblichen Anreiz dafür darstellen, in Polen neue Investitionen zu tätigen, die in den folgenden Jahren bei der Überwindung potenzieller Defizite, wie z.B. dem wachsenden Lohndruck, helfen werden.

Die Annäherungspolitik wird auch auf nationaler Ebene für Entspannung sorgen, da diese auch als Zugeständnis an die polnischen Oppositionsparteien

und an die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Gruppen verstanden werden kann, die nun kaum noch Gründe dafür haben, zu Massenprotesten aufzurufen. Bis Ende 2018 wird sich nicht nur der Konflikt „Poland (opposition)“ sondern auch „Poland (social conflicts)“ abkühlen, da die PiS-Politiker zu sehr in Sorge darum sein werden, eine mögliche Eskalation durch die Verschärfung der bereits strikten Schwan-

gerschaftsabbruchsgesetze in Städten auf Kosten des gesamtgesellschaftlichen Friedens zu provozieren. Die Abholzung des Białowieża-Urwaldes, die als ein weiterer, erheblicher Streitpunkt mit großem Konfliktpotenzial im Land gelten kann, wird von der Regierung nach dem Urteil des EuGH vom 17. April 2018¹⁷⁰ ebenso nicht weiter vorangetrieben.

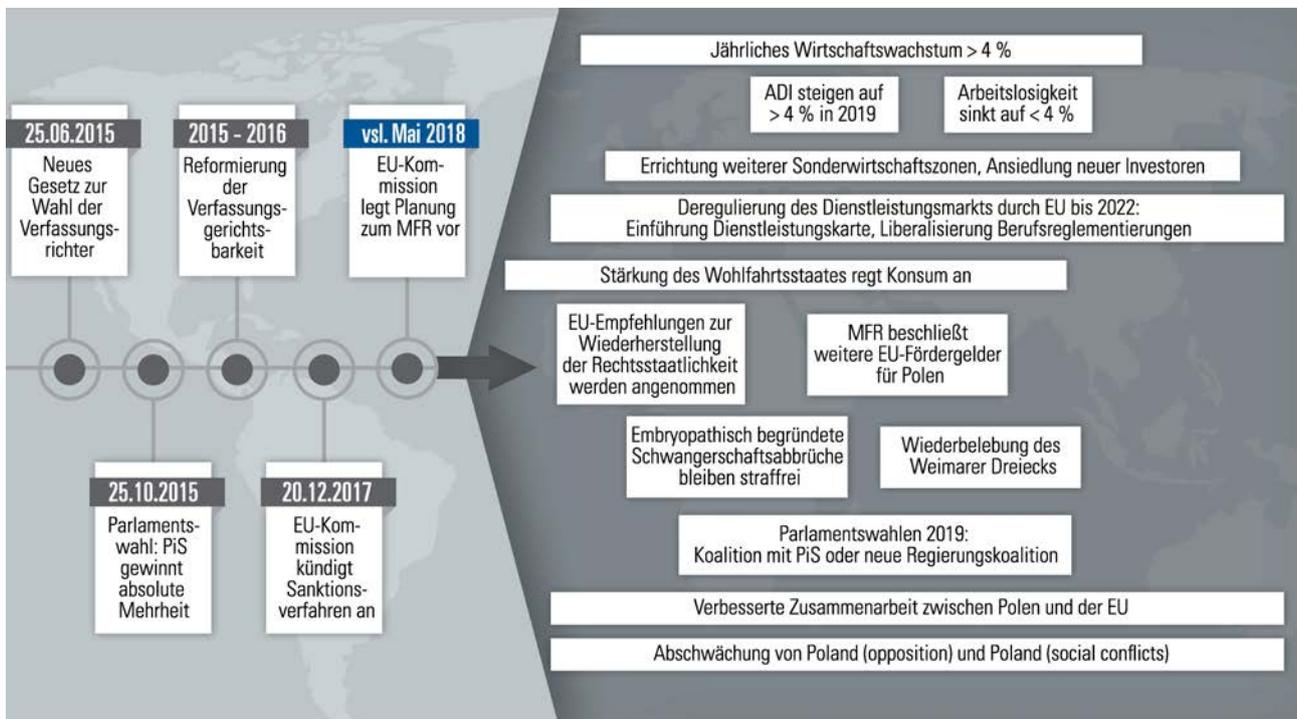


Abbildung 2: Roadmap zum Best-Case-Szenario

Die gesamte Entwicklung wird sich zudem positiv auf die Wirtschaft auswirken, da der Hauptgrund für die bisherige Investitionszurückhaltung weggefallen ist: Mit der Aussicht auf eine gute konjunkturelle Lage werden neue Sonderwirtschaftszonen eröffnet oder bestehende erweitert, wie es beispielsweise 2018 schon anhand des EURO-PARK WISŁOSAN¹⁷¹ zu beobachten war. Zusammen mit einer bedachten und moderaten Erhöhung der sozialen Ausgaben, womit die Wahlversprechen aus dem Jahr 2015 noch eingelöst werden sollen, wird zusätzlich der Konsum der Privathaushalte angekurbelt, was eine gute Basis für das zukünftige Wirtschaftswachstum darstellt. Dessen durchschnittliche Rate wird sich 2018 zwischen 4 und 5 % einpendeln und in den folgenden Jahren auf diesem Niveau verbleiben oder sich sogar auf einen noch besseren Wert steigern. 2019 wird die Arbeitslosenquote daher auf unter 4 % sinken, während hingegen die ADI-Rate die Marke von 4 %

durchbrechen wird. Im selben Jahr werden die Parlamentswahlen stattfinden und zu einer neuen Regierungskonstellation führen, innerhalb welcher die PiS entweder zu Kompromissen mit einer (Junior-) Partnerpartei gelangen muss oder durch eine neu geformte Koalition abgelöst wird. Mit dem 2018 geschehenen, positiven Umschwung in der Beziehung zwischen Polen und der EU ist jedoch bereits die Entwicklung eingeleitet worden, die nun 2019 einerseits zur Wiederbelebung der Allianz zwischen Frankreich, Deutschland und Polen, Weimarer Dreieck genannt, führt. Die Gruppe, die zur gegenseitigen Konsultation genutzt wird, wird die Kooperation beispielsweise im Umgang mit Russland, der europäischen Flüchtlingskrise (Konflikt „European Refugee Crisis“) oder der inneren Sicherheit, die in allen Ländern in jüngster Vergangenheit am ehesten durch den islamistischen Fundamentalismus bedroht wurde, fördern. Mit einem steigenden Integrationsgrad in das euro-

päische Gefüge wird Polen zudem eine glaubwürdige Rolle als Vermittler zwischen den west- und östlichen Mitgliedsstaaten der EU einnehmen und damit den Graben zwischen den beiden Achsen schmälern können.¹⁷²

Aufgrund dieser Leistungen und Taten werden Polen andererseits als wohlwollendes Zeichen seiner europäischen Partner weitere Zugeständnisse gemacht. So werden die langjährigen Bemühungen, die Liberalisierung des EU-Dienstleistungsmarktes voranzutreiben, belohnt, indem Maßnahmen, wie beispielsweise die Einführung der Dienstleistungskarte oder

der Abbau bzw. die Vereinfachung von Berufsreglementierungen, bis 2022 auf europäischer Ebene umgesetzt werden, was die Wirtschaft auch länderübergreifend anregen wird.

Unter diesen Bedingungen wird der polnische Markt bei geringen strukturellen und politischen Risiken gleichzeitig zahlreiche Investitionsmöglichkeiten bieten. Alles in allem werden potentielle Investoren auf längere Sicht von der stabilen wirtschaftlichen Entwicklung profitieren, die Polen als einen vielversprechenden Geschäftsstandort im Herzen Europas herausstechen lassen wird.

7.2 Worst-Case-Szenario - Verhärtete Fronten und der Weg zum ‚Polexit‘ (Eintrittswahrscheinlichkeit: 0-20 %)

Im Mittelpunkt des Worst-Case-Szenarios stehen die Europäische Union und Polen, die es nicht schaffen, ihren Disput über die polnische Rechtsstaatlichkeit im Jahr 2018 beizulegen, da die vorgenommenen Änderungen der PiS-Regierung der Europäischen Kommission nicht weitreichend genug ausfallen, um die Unabhängigkeit der Justiz und die Gewaltenteilung wiederherzustellen. Während die Kommission der PiS immer mehr Sanktionen androhen wird, wird die Letztere weiterhin alle Vorschläge als unrechtmäßige Einmischung in interne Angelegenheiten und als Versuch, die Souveränität des Landes zu untergraben, abtun. Aufgrund Orbáns Ankündigung, den Entzug der EU-Stimmrechte Polens als mögliche Konsequenz am Ende des Sanktionsverfahrens zu blockieren, da für diesen Vorgang eine vollständige Einstimmigkeit unter allen EU-Staaten Voraussetzung ist,¹⁷³ werden seitens der Kommission andere Wege gesucht, um die polnische Regierung für ihr Vorgehen, die politische Kontrolle über die Judikative sowie Medien und Zentralbank auszuweiten, abzustrafen. Da der Erfolg von Polens Wirtschaft als teilweise abhängig von der Auszahlung der EU-Strukturfördermittel in Milliardenhöhe gilt, werden letztere wahrscheinlich als Sanktionsobjekt in Betracht gezogen.¹⁷⁴

Ab der zweiten Maihälfte 2018 mehren sich dann die Zeichen, dass die EU tatsächlich plant, die Fonds, die für Polen angesetzt waren, zu reduzieren, indem der MFR modifiziert wird. Der drastische Einschnitt deutet hierbei einen erheblichen Rückschlag für die

polnische Wirtschaft, welchen Warschau zunächst verbal kontern wird. Die Auseinandersetzung führt währenddessen zu einer schrumpfenden Zahl von EU-Unterstützern in der Bevölkerung, aber auch zu erneuten Massendemonstrationen gegen den politischen Kurs der PiS, bei welchen diesmal Gewaltpotential vorhanden ist und die letztendlich zu einer Eskalation im Konflikt „Poland (opposition)“ führen. Als Reaktion darauf plant die Regierungspartei, die innere Kohäsion des rechtskonservativen Flügels zu stärken. Deshalb wird das Kabinett vermehrt Investitionen in die einheimische Wirtschaft vornehmen, die bereits strengen Gesetze zum Schwangerschaftsabbruch weiter verschärfen und, da sich das Verhältnis zur Europäischen Union kaum noch weiter verschlechtern kann, die Urteile des EuGH zu der quotengeregelten Flüchtlingsverteilung sowie zu den Abholzungen im Białowieża-Urwald vom 17. April 2018 ignorieren. Letzteres wird dabei womöglich zu Ausschreitungen durch zivilgesellschaftliche, umweltinteressierte Gruppen und damit zu einer Verschlechterung im Falle von „Poland (social conflicts)“ führen.

Obwohl sich die steigenden Ausgaben für Soziales, die die PiS bereits 2015 in ihrer Wahlkampagne versprochen hat, Anfang 2019 geringfügig stimulierend auf den Konsum der Privathaushalte auswirken werden, können die Gesamtsituation nicht beruhigt und die Proteste nicht gestoppt werden. Stattdessen wirken sie sich negativ auf das ökonomische und Investitionsklima aus, da die Staatsschuldenquote spätestens 2020 einen neuen Höchstwert von über

60 % erreichen wird. Ab 2019 wird die Wachstumsrate hingegen unter 2 % jährlich liegen. Nicht nur die rechtliche Unsicherheit, die aus den Justizreformen resultierte und dann immer noch in Kraft sein wird, sondern auch die Wirtschaftszahlen beunruhigen so dann die ausländischen Investoren, weshalb die ADI, gemessen als Anteil am BIP, ebenfalls unter die 2 %-Marke fallen werden. Eine Maßnahme gegen die

vergleichsweise negativen Entwicklungen könnte dann die Forcierung der Liberalisierung des europäischen Dienstleistungsmarktes sein, welche aber über Jahre hinweg aufgrund der politischen Eiszeit und um Polen für seine Aufsässigkeit nicht auch noch zu belohnen, am Widerstand Frankreichs, Österreichs und Deutschlands scheitern wird.

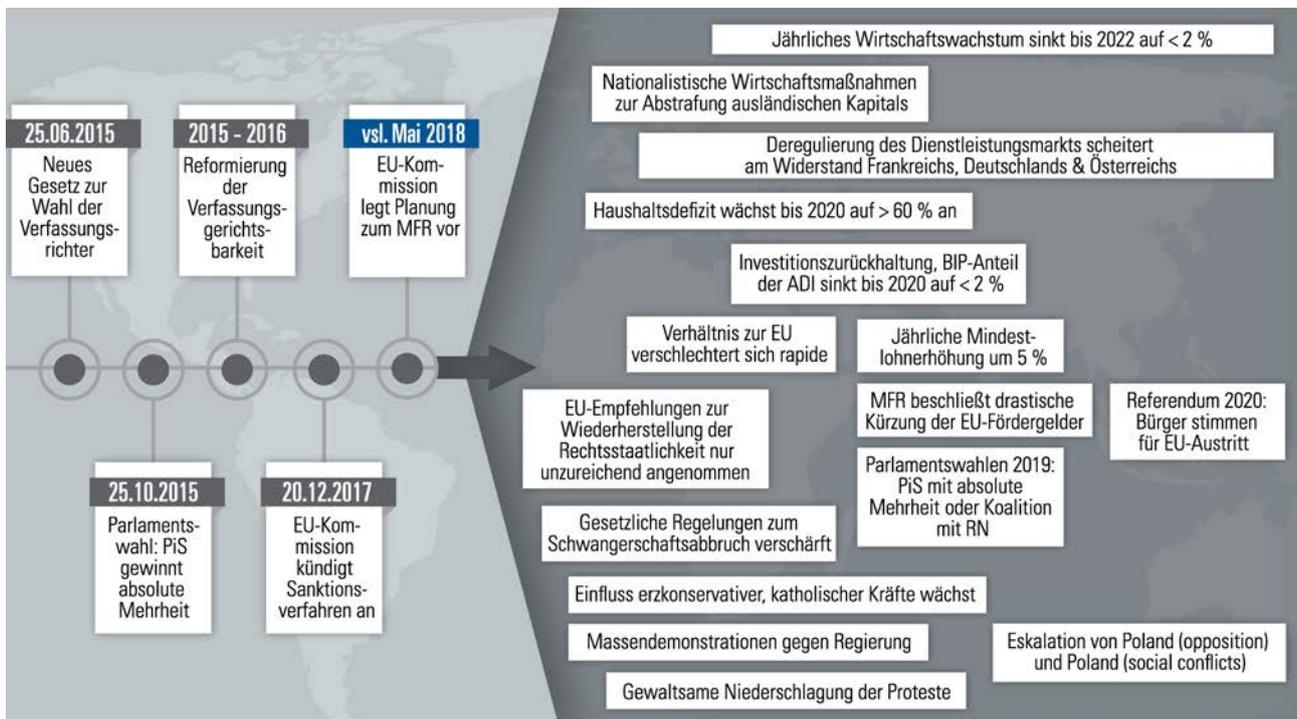


Abbildung 3: Roadmap zum Worst-Case-Szenario

Im Jahr 2019 finden dann die Parlamentswahlen statt, die entweder erneut der PiS eine absolute Mehrheit bescheren oder deren Politiker dazu zwingen werden, einen passenden Koalitionspartner auszuwählen, der in der RN gefunden wird. Beide generieren Wählerstimmen dadurch, dass sie der Bevölkerung ein Referendum über den Verbleib in der EU versprechen,¹⁷⁵ welches sich viele Bürger Polens nun aufgrund des langjährigen Streits und der abnehmenden Unterstützung für die Organisation wünschen. Die Volksabstimmung über den ‚Polexit‘ wird dann frühestens für 2020 angesetzt und hierbei aufgrund des rauen Tons zwischen Warschau und Brüssel, der die polnische Bevölkerung über die Jahre polarisiert hat, einen negativen Ausgang erfahren: Indem die Befürworter des Austritts knapp gewinnen, wird die polnische Wirtschaft in ihren Grundfesten erschüttert.

Für den schlechtesten Fall sollten Investoren also damit rechnen, dass nicht nur ein ökonomischer Abwärtstrend aufgrund reduzierter EU-Fonds wahrscheinlich ist, sondern auch grundsätzlich die Möglichkeit besteht, dass Polen bei einem offenen Bruch mit der EU in die Richtung eines ‚Polexit‘ und damit an den Rand der Rezession getrieben werden kann.

7.3 Trendszenario - Polen auf dem Weg an den Rand der EU (Eintrittswahrscheinlichkeit: 60-80 %)

Das Trendszenario beginnt mit der polnischen Regierung, die sich bereiterklärt, einige, leicht zu realisierende Empfehlungen der Europäischen Kommission zu akzeptieren und umzusetzen.¹⁷⁶ Im Laufe des Jahres 2018 werden auf strategische Weise einige weitere Vorschläge angenommen, um ein gewisses Maß an Bereitschaft nach außen hin zu zeigen. Tatsächlich bleibt jedoch der Kern der Reformen, nämlich mehr Kontrolle über die ordentliche und Verfassungsge-

richtbarkeit auszuüben, weitgehend unberührt. Die Nachjustierung durch die polnische Regierung wird daher zu geringfügig ausfallen, als dass alle Kritiker in der Opposition und Zivilgesellschaft sowie auf der Ebene der EU beschwichtigt wären. Trotzdem werden sie vorerst umfangreich genug sein, um den Konflikt „Poland (opposition)“ abkühlen zu lassen, da die Regierung nicht mehr länger einer konstanten Beobachtung und verbalen Attacken ausgesetzt ist.

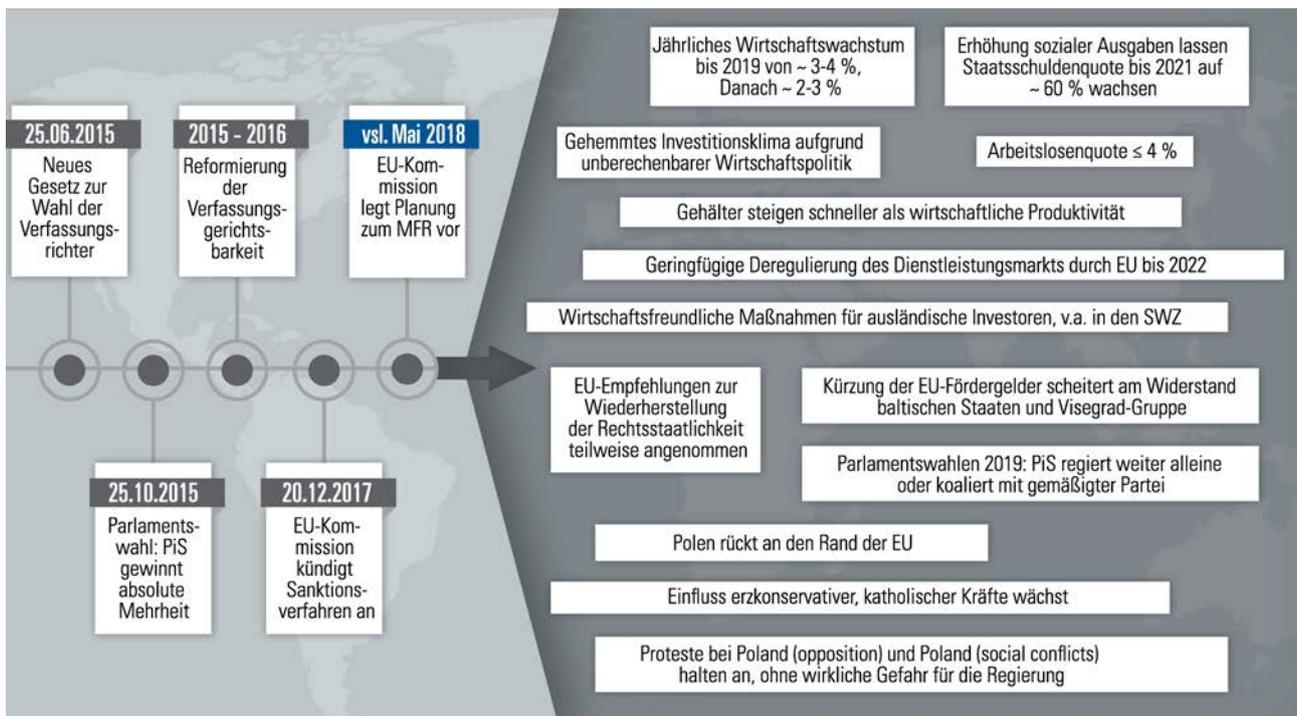


Abbildung 4: Roadmap zum Trendszenario

Bis Ende 2018 wird dieses Verhalten zusammen mit den solidarischen Aktionen der Slowakei, Ungarns, Tschechiens und der baltischen Staaten Abhilfe gegen Sanktionsmaßnahmen schaffen, die im Falle Polens auf die Reduzierung der EU-Strukturfördermaßnahmen oder auf den Entzug der EU-Stimmrechte hinausliefen. Das weitere Zusammenrücken dieser Staaten, von welchen vier bereits jetzt die Visegrad-Gruppe bilden, führt so zu einer zentral-/westlichen und einer östlichen Achse innerhalb der Union, die letztlich die Deutsch-Französische-Hegemonie, insbesondere nach dem Brexit, herausfordern wird.¹⁷⁷ Zudem wird die Regierung Polens weiterhin versuchen, die Liberalisierung des EU-Dienstleistungsmarkts gegen diese voranzutreiben. Letztlich können

bis 2022 kleine Erfolge wie die eingeschränkte Einführung der Dienstleistungskarte erzielt werden,¹⁷⁸ die die Wirtschaft beleben.

Da die Strategie, auf internationaler Ebene einen harten Kurs zu verfolgen, für die PiS aufzugehen scheint, erfährt sie auch eine innere Stärkung: Indem die Partei näher an den Rand der EU wandert und eine robuste Position gegenüber Brüssel bezieht, ohne dabei ihr Gesicht zu verlieren, fängt die Regierung den nationalistischen Zeitgeist ein und wird daher erneut die Wahlumfragen anführen. In der zweiten Jahreshälfte 2018 werden weitere Maßnahmen umgesetzt, um Stimmen z.B. aus dem katholischen Lager für die Parlamentswahlen 2019 zu gene-

rieren. Im Kontext von „Poland (social conflicts)“ wird dem Klerus mit der Verschärfung der Gesetze zum Schwangerschaftsabbruch ein politisches Geschenk gemacht,¹⁷⁹ was jedoch zu Massenkundgebungen führt, die aber hauptsächlich friedlich ausgetragen werden, unter anderem, da der Staat die Ausgaben für Soziales steigen lässt. Indem sie der katholischen Kirche und den Profitierenden des Wohlfahrtsstaates entgegenkommen, wird die PiS stimmstärkste Kraft und bleibt einerseits die Regierungspartei oder führt andererseits ein Koalitionsbündnis an.

Nichtsdestotrotz wird der neue Höchstwert der Staatsschuldenquote bis 2021 auf 55 bis 60 % steigen, während das Investitionsklima weiterhin leicht gehemmt bleibt, da die Auszahlung der EU-Fördermittel die unsteten politischen Entscheidungen der Regierung nicht vollkommen auffangen werden kann. Wie in früheren Jahren wird der ökonomische Patriotismus fortlaufend in der Rhetorik der Regierung gepriesen, jedoch bleibt es eher unwahrscheinlich, dass Investoren durch grundlegende Politikwechsel, wie z.B. der Abstrafung von ausländischem Kapital, weiter abgeschreckt werden (sollen), was wiederum die EU erneut auf den Plan rufen würde. Im Gegen-

teil, für steuerliche Anreize und Vergünstigungen, wie sie zum Beispiel in Sonderwirtschaftszonen geboten, ist vorerst keine Ende in Sicht.

Aufgrund der guten und stabilen Konjunkturlage werden die ökonomischen Wachstumsraten ab 2020 durchschnittlich zwischen 2-3 % liegen. Dadurch, und weil die Arbeitslosenquote auf etwa 4 % fallen wird, entsteht dann ein gewisser Anstieg des Lohns, der das Wachstum der Produktivität übersteigt und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft langfristig, falls keine Maßnahmen ergriffen werden, schwächen wird.

In dieser politischen Konstellation bleibt Polen dank seiner Sonderwirtschaftszonen und den strukturellen Fördermitteln der EU, die fortwährend wirtschaftliches Wachstum und geschäftliches Tun anregen, weiterhin ein aussichtsreiches Ziel für Investitionen. Trotzdem sollten interessierte Unternehmer einkalkulieren, dass sie rechtzeitig adäquate Back-up-Strategien z.B. gegen wirtschaftspolitische Verschiebungen oder den Fachkräftemangel entwickeln und anwenden müssen.

8. HANDLUNGSEMPFEHLUNG

KATEGORIE	AKTUELL	BEST	WORST	TREND
GESAMTRATING	B+	A	B-	B+
POLITISCHE STABILITÄT UND PHYSISCHE SICHERHEIT	A	A+	A-	A-
RECHTLICHE SICHERHEIT	B	A-	C+	B+
CYBERSICHERHEIT	B+	A-	B+	B+
MARKTSTRUKTUR	A	A+	B	A-
ARBEITSMARKT	B	B+	C+	B-

Tabelle 9: Entwicklung der Einzelratings in den Szenarien

Die folgenden Ausführungen können als Ausgangspunkt dienen, um Entscheidungsprozesse, welche die Aufnahme oder Vertiefung von wirtschaftlichen Tätigkeiten in Polen betreffen, zu unterstützen. Die gegebenen Handlungsempfehlungen erheben jedoch keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit und müssen zudem kontinuierlich hinsichtlich aktueller Entwicklungen überprüft werden.

Um bestmöglich von allen drei Szenarien profitieren zu können, ist es unabdingbar zu erwägen, inwiefern sich die im ersten Hauptteil erhobenen Einstufungen in den fünf Kategorien wandeln könnten, falls aktuelle Geschehnisse und ihr chronologisches Auftreten tatsächlich einem der skizzierten Ausblicke in die Zukunft entsprechen sollten.

Im Falle, dass Polens Regierung versuchen wird, sich der Europäischen Union und insbesondere der Kommission wieder anzunähern, indem alle Empfehlungen zur Wiederherstellung der Gewaltenteilung und der Unabhängigkeit der Judikative umgesetzt werden, ist ein freies Fließen der Strukturmittel zu erwarten. Demnach wird sich das Land in seinem jeweiligen Rating auch in wahrscheinlich allen fünf Untersuchungspunkten verbessern, wobei eine besondere Verbesserung der Werte im Bereich der „Rechtssicherheit“ naheliegt. Im Gegensatz dazu muss bei einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen Brüssel und Warschau mit einer Entwicklung gerechnet werden, die letzten Endes zu einem Referendum über den Austritt bzw. den Verbleib des Landes in der EU führen könnte. Der ‚Polexit‘ würde einen dramatischen Einschnitt vor allem für die „Marktstruktur“, aber auch für die demokratischen Kernprinzipien der Nation bedeuten, da ab hier mit wenig bis gar keinem mäßigenden Einfluss mehr von außen auf die Regierung und ihre Pläne zur Umstrukturierung des Staates und seines politischen Systems kalkuliert werden muss. Im Trendszenario hingegen, das davon ausgeht, dass die aktuellen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen sich auf die wahrscheinlichste Weise fortsetzen, ist eine marginale Verschlechterung in den Bereichen „Marktstruktur“ und „Arbeitsmarkt“ aber auch kleine Verbesserungen im Bereich „Rechtssicherheit“ zu erwarten, da die Regierung auf Druck der EU mindestens geringfügig Änderungen an ihren Reformgesetzen vornehmen muss.

Trotz der neuesten politischen Geschehnisse kann das Land Polen für Unternehmer weiterhin als vielversprechend gelten, da erstere, auch wenn sie einiges an Unruhe verursachten, einerseits nicht die investitionsfreundlichen Faktoren des Standorts überschatten können. Als Mitgliedsstaat der Europäischen Union profitieren Firmen in Polen von der Eingebundenheit in den europäischen Binnenmarkt mit freiem Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr. Damit ergibt sich ein Zugang zu anderen großen Volkswirtschaften, woraus sich wiederum neue Absatzmärkte generieren können, die über den polnischen mit seinen 38 Mio. potenziellen Verbrauchern hinausgehen.

Die vorteilhafte geographische Lage, Sonderwirtschaftszonen mit niedrigen Körperschafts- und

Grundsteuersätzen, ein vergleichsweise niedriges Lohnkostenniveau und gut ausgebildetes Humankapital sind weitere Argumente, die für Polen und dessen Attraktivität für Geschäfte sprechen.

Andererseits gibt es natürlich Nachteile, die dem Standort bedingt sind, wie beispielsweise die schwache Infrastruktur, ein ungünstiges sowie äußerst komplexes Steuersystem aber auch die Vielzahl an Gesetzesänderungen, die bei Unternehmern in den letzten drei Jahren zu mehr Unsicherheiten geführt haben. Trotzdem sollten sich Investoren von diesen Defiziten nicht abschrecken lassen, insbesondere wenn sie auf Bereiche wie Forschung und Entwicklung, moderne Dienstleistungen, aber auch auf Branchen wie der Transportmittel-, Luftfahrt-, Elektronik- sowie Lebensmittelindustrie und Biotechnologie spezialisiert sind.

Falls die Regierung Polens und die Europäische Union in der Frage nach der Zukunft des polnischen Justizsystems keinen gemeinsamen Nenner finden werden, sind Probleme jedoch schon vorprogrammiert. In Abhängigkeit davon, wie die PiS weiterhin gegenüber der Europäischen Kommission und ihrer Liste mit Empfehlungen reagiert, ist jedes Szenario mit seinen jeweiligen Konsequenzen für das Wirtschafts- und Investitionsklima denkbar: Von der Reintegration Polens in die europäische Familie bis hin zum EU-Austritt ist jede Reaktion auf die Sanktionen grundsätzlich möglich. Polen könnte demnach für die nächsten Jahre einer der attraktivsten Staaten Europas für Investitionen sein, ebenso besteht aber auch die (wenn auch nur unwahrscheinliche) Option, dass sich das Land zu einem risikobehafteten Standort und Unternehmensschreck wandelt. Es ist deshalb wichtig, die politischen Entwicklungen der kommenden Monate genauestens zu beobachten, da dann die Entscheidung der Kommission über mögliche Sanktionsmaßnahmen als Reaktion auf Versuche der polnischen Regierung, die Macht der Exekutive zu Ungunsten der Gewaltenteilung und der richterlichen Unabhängigkeit auszuweiten, getroffen und angekündigt werden könnte. Zuletzt sollten auch die kommenden Parlamentswahlen im Jahr 2019 im Blick behalten werden, da die Wahlergebnisse als ein Stimmungstest der Bevölkerung gegenüber dem politischen Kurs der Regierung interpretiert werden können und deshalb Anhaltspunkte über Polens Pfad in die Zukunft bereithalten werden.

9. WEITERFÜHRENDE LITERATUR

Bogdan, Wojciech/Boniecki, Daniel/Labaye, Eric/Marciniak, Tomasz/Nowacki, Marcin (2015): Poland 2025: Europe's New Growth Engine, o.O.: McKinsey & Company.

Erlanger, Steven/ Santora, Marc (2018): Poland's Nationalism Threatens Europe's Values, and Cohesion, in: The New York Times (20.02.2018).

Piatkowski, Marcin (2018): Europe's Growth Champion: Insights from the Economic Rise of Poland, Oxford: Oxford University Press.

Polnische Agentur für Investitionen und Handel (2017): Ratgeber für Investoren Polen - Hinweise zur Führung der Geschäftstätigkeit, Warschau: Polnische Agentur für Investitionen und Handel.

Stanley, Ben (2015): Poland: The Long Arm of Transition, in: Tiersky, Ronald/ Jones, Erik (Hrsg.): Europe Today. A Twenty-First Century Introduction, Lanham/ Plymouth: Roman & Littlefield, S. 257-291.

Swiatkowska, Joanna/Albrycht, Izabela/Skokowski, Dominik (2017): National Cyber Security Organisation: Poland, Tallinn: NATO Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence.

Szuleka, Małgorzata/ Wolny, Marcin/ Szwed, Marcin (2016): The Constitutional Crisis in Poland 2015-2016, Warschau: Helsinki-Stiftung für Menschenrechte.

10. ENDNOTEN

1. The World Bank (2016): Poland – Population, Total, abrufbar im Internet unter <https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL?locations=PL> (Zugriff: 09.04.2018).
2. The World Bank (2016): Poland – Surface Area (sq. km), abrufbar im Internet unter <https://data.worldbank.org/indicator/AG.SRF.TOTL.K2?locations=PL> (Zugriff: 09.04.2018).
3. The World Bank (2016): Poland – GDP (Current US\$), abrufbar im Internet unter <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD?locations=PL> (Zugriff: 09.04.2018).
4. Internationaler Währungsfonds (2018): Report for Selected Countries and Subjects, abrufbar im Internet unter <http://www.imf.org/en/Countries/POL> (Zugriff: 09.04.2018).
5. Stanley, Ben (2015): Poland: The Long Arm of Transition, in: Tiersky, Ronald/Jones, Erik (Hrsg.): Europe Today. A Twenty-first Century Introduction, Lanham: Rowman&Littlefield, S.257-298, S.284f.
6. Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) (2011): OECD Urban Policy Reviews, Paris: OECD Publishing, S.70.
7. OECD (2014): The Size and Sectoral Distribution of SOEs in OECD and Partner Countries, Paris: OECD Publishing, S.12f.
8. o.A. (2016): Poland Media Laws: Nationwide Protests are Staged, in: BBC News (09.01.2016), abrufbar im Internet unter <http://www.bbc.com/news/world-europe-35272542> (Zugriff: 09.04.2018).
9. o.A. (2016): Regierungsnaher Ökonom wird neuer Zentralbankchef Polens, in: Reuters (06.05.2016), abrufbar im Internet unter <https://de.reuters.com/article/polen-zentralbankchef-idDEKCN0XX10J> (Zugriff: 09.04.2018).
10. o.A. (2015): Poland Court Reforms Signed into Law despite Protests, in: BBC News (28.12.2015), abrufbar im Internet unter <http://www.bbc.com/news/world-europe-35189057> (Zugriff: 09.04.2018).
11. Helsinki Stiftung für Menschenrechte (2016): The Constitutional Crisis in Poland 2015-2016, S. 21ff., Warschau: Helsinki Stiftung für Menschenrechte, abrufbar im Internet unter http://www.hfhr.pl/wp-content/uploads/2016/09/HFHR_The-constitutional-crisis-in-Poland-2015-2016.pdf (Zugriff: 09.04.2018).
12. o.A. (2017): Poland Judiciary Reforms: Judge Accuses Government of Coup, in: BBC News (23.12.2017), abrufbar im Internet unter <http://www.bbc.com/news/world-europe-42464007> (Zugriff: 09.04.2018).
13. o.A. (2017): Polen, Venezuela, Türkei. Demokratien in Gefahr?, in: Deutschlandfunk Kultur (17.07.2017), abrufbar im Internet unter http://www.deutschlandfunkkultur.de/polen-venezuela-tuerkei-demokratien-in-gefahr.1008.de.html?dram:article_id=391326 (Zugriff: 09.04.2018).

14. The World Bank (2016): Poland - GDP Growth (Annual %), abrufbar im Internet unter <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG?locations=PL> (Zugriff: 09.04.2018).
15. Quaisser, Wolfgang (2009): Wirtschaftsentwicklung in den 90er-Jahren, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Polen, abrufbar im Internet unter <http://www.bpb.de/internationales/europa/polen/40721/wirtschaftsentwicklung> (Zugriff: 09.04.2018).
16. Europäische Kommission (2017): Labour Market Information. Poland – National Level, abrufbar im Internet unter <https://ec.europa.eu/eures/main.jsp?catId=2789&countryId=PL&acro=Imi&lang=en®ionId=PL0&nuts2Code=%20&nuts3Code=®ionName=National%20Level> (Zugriff: 09.04.2018).
17. The World Bank (2016): Poland – Services, etc., Value Added (% of GDP), abrufbar im Internet unter <https://data.worldbank.org/indicator/NV.SRV.TETC.ZS?locations=PL%2C+HTTPS%3A%2F%2FDATA.WORLDBANK.ORG%2FINDICATOR%2FNV.IND.TOTL.ZS%3FLOCATIONS%3DPL-PL> (Zugriff: 09.04.2018).
18. Krupa, Piotr (2015): Share of Shadow Economy Declines in Poland, in: MSP Economic News (28.04.2015), abrufbar im Internet unter <https://www.msp.gov.pl/en/polish-economy/economic-news/6377,Share-of-shadow-economy-declines-in-Poland.html> (Zugriff: 09.04.2018).
19. Wozniak, Michal (2017): Wirtschaftsausblick November 2017 – Polen, in: Germany Trade & Invest (GTAI) (18.12.2017), abrufbar im Internet unter <https://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/Wirtschaftsklima/wirtschaftsausblick,t=wirtschaftsausblick-november-2017--polen,did=1835986.html#Wirtschaftsentwicklung-Privatkonsum-ist-Wachstumstreiber-> (Zugriff: 09.04.2018).
20. OECD (2011): OECD Urban Policy Reviews, S.87ff.
21. Stamer, Manfred (2017): Country Report Poland. After Slowing in 2016, Growth should stabilize in 2017, abrufbar im Internet unter <http://www.eulerhermes.com/economic-research/country-reports/Pages/Poland.aspx> (Zugriff: 10.04.2018); Coface (2018): Poland, abrufbar im Internet unter <http://www.coface.com/Economic-Studies-and-Country-Risks/Poland> (Zugriff: 10.04.2018).
22. Stamer, Manfred (2017): Country Report Poland, S.2.
23. Goettig, Marcin (2018): Polish PM Signals Budget can Cope with Cut in Corporate Tax, in: Reuters (16.04.2018), abrufbar im Internet unter <https://www.reuters.com/article/us-poland-budget/polish-pm-signals-budget-can-cope-with-cut-in-corporate-tax-idUSKBN1HN2RK> (Zugriff: 27.04.2018).
24. o.A. (2018): Is 'Polexit' in the Cards? Tusk Warns Poland May Quit EU, in: Deutsche Welle (10.01.2018), abrufbar im Internet unter <http://p.dw.com/p/2qe63> (Zugriff: 10.04.2018).
25. Stamer, Manfred (2017): Country Report Poland, S.3.
26. Brüggemann, Mathias (2017): Die Investoren stimmen mit ihrem Geld für unsere Politik, in: Handelsblatt (02.05.2017), abrufbar im Internet unter <http://www.handelsblatt.com/my/politik/international/polens-vizepremier-morawiecki-die-investoren-stimmen-mit-ihrem-geld-fuer-unsere-politik/19745424.html> (Zugriff: 10.04.2018).
27. Dieser Report berücksichtigt physische Sicherheit einzig bezüglich politischer Gewalt, nicht jedoch hinsichtlich Kriminalität oder anderer Risiken.
28. vgl. CONIAS Risk Intelligence (o.J.): Databank, Mannheim: CONIAS Risk Intelligence.
29. o.A. (2018): Poland's Sunday Trading Ban Takes Effect. Catholic Church Welcomes Law that Begins with Ban on Two Sundays a Month, Extending to all in 2020, in: The Guardian (11.03.2018), abrufbar im Internet unter <https://www.theguardian.com/world/2018/mar/11/poland-sunday-trading-ban-takes-effect> (Zugriff: 10.04.2018); o.A. (2018): Polish President Signs into Law Powers to Limit Alcohol Sales. Polish President Andrzej Duda Has Signed New Laws Which Allow Local Governments to Limit Alcohol Sales, in: Radio Poland (31.01.2018), abrufbar im Internet unter <http://www.thenews.pl/1/12/Artykul/346863,Polish-president-signs-into-law-powers-to-limit-alcohol-sales> (Zugriff: 10.04.2018).
30. o.A. (2017): EU to Sue Poland, Hungary and Czechs for Refusing Refugee Quotas, in: BBC News (07.12.2017), abrufbar im Internet unter <http://www.bbc.co.uk/news/world-europe-42270239> (Zugriff: 10.04.2018).
31. Hacoheh, Hagay (2017): Israeli Citizen Stabs Warsaw Police Officer Outside Concert, in: The Jerusalem Post (25.08.2017), abrufbar im Internet unter <http://www.jpost.com/Israel-News/Israeli-citizen-slashes-Warsaw-police-officer-503394> (Zugriff: 10.04.2018).
32. World Justice Project (2018): Rule of Law Index 2017-2018, Washington: The World Justice Project, S.121, abrufbar im Internet unter https://worldjusticeproject.org/sites/default/files/documents/WJP_ROLI_2017-18_Online-Edition_0.pdf (Zugriff: 10.04.2018).
33. ebd., S.122.
34. World Justice Project (2018): Rule of Law Index 2017-2018, S.12.
35. ebd., S.121.
36. o.A. (2017): Schlesien: Zwischen den Identitäten, in: MDR (17.09.2017), abrufbar im Internet unter <https://www.mdr.de/heute-im-osten/autonomie-osteuropa-polen-100.html> (Zugriff: 10.04.2018).
37. vgl. CONIAS Risk Intelligence (o.J.): Databank.
38. Ein Beispiel hierfür ereignete sich im August 2017, als ein bewaffneter Mann versuchte einen Warschauer Polizeibeamten niederzustechen. Bevor der Angreifer größeren Schaden anrichten konnte wurde er von der Polizei überwältigt und festgenommen. Siehe hierzu: Hacoheh, Hagay (2017): Israeli Citizen Stabs Warsaw Police Officer Outside Concert.

39. Außenministerium der Republik Polen (o.J.): Counter-Terrorism Activities of Poland, abrufbar im Internet unter http://www.ms.gov.pl/en/foreign_policy/security_policy/international_terrorism/ (Zugriff: 10.04.2018).
40. World Justice Project (2018): Rule of Law Index 2017-2018, S.121.
41. The Heritage Foundation (2018): Index of Economic Freedom 2018, Washington: The Heritage Foundation, S.338f., abrufbar im Internet unter https://www.heritage.org/index/pdf/2018/book/index_2018.pdf (Zugriff: 10.04.2018).
42. DLA Piper (2018): Expropriation/Compulsory Purchase. Is Expropriation (Compulsory Purchase) Possible in this Country? Poland, abrufbar im Internet unter <http://www.dlapiperrealworld.com/law/index.html?t=sale-and-purchase&s=real-estate-sales-and-public-law&q=expropriation-compulsory-purchase&c=PL> (Zugriff: 10.04.2018).
43. The Heritage Foundation (2018): Property Rights, abrufbar im Internet unter <https://www.heritage.org/index/property-rights> (Zugriff: 10.04.2018).
44. The Heritage Foundation (2018): Index of Economic Freedom 2018, Washington: The Heritage Foundation, S.338f.
45. ebd.
46. World Justice Project (2015): Rule of Law Index 2015, Washington: The World Justice Project, S.90, S.102, S.130, abrufbar im Internet unter https://worldjusticeproject.org/sites/default/files/documents/roli_2015_0.pdf (Zugriff: 10.04.2018).
47. Europäische Kommission (2017): Press Release. Rule of Law: European Commission Acts to Defend Judicial Independence in Poland, abrufbar im Internet unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-5367_en.htm (Zugriff: 10.04.2018).
48. World Justice Project (2018): Rule of Law Index 2017-2018, S.121.
49. ebd., S.83, S.124, S.132.
50. The World Bank (2018): Doing Business 2018: Reforming to Create Jobs, Washington: World Bank Publications, S.186, abrufbar im Internet unter [http://www.doingbusiness.org/~media/WBG/DoingBusiness/Documents/Annual-Reports/English/DB2018-Full-Report.pdf](http://www.doingbusiness.org/~/media/WBG/DoingBusiness/Documents/Annual-Reports/English/DB2018-Full-Report.pdf) (Zugriff: 10.04.2018).
51. The World Bank (2017): Doing Business. Measuring Business Regulations. Economy Rankings, abrufbar im Internet unter <http://www.doingbusiness.org/rankings> (Zugriff: 10.04.2018).
52. The World Bank (2018): Doing Business 2018: Reforming to Create Jobs, S.156, S.174.
53. ebd., S.186.
54. ebd.
55. The Heritage Foundation (2018): Index of Economic Freedom 2018, S.339.
56. vgl. ebd., S.201, S.233, S.345, S.99.
57. Europäische Kommission (2017): European Semester Thematic Factsheet. Effective Justice Systems, abrufbar im Internet unter https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/file_import/european-semester_thematic-factsheet_effective-justice-systems_en.pdf (Zugriff: 11.04.2018).
58. vgl. Lesser, Gabriele (2017): Polens Politik verschreckt die Investoren, in: Der Standard (07.10.2017), abrufbar im Internet unter <https://derstandard.at/2000065500154/Polens-Politik-verschreckt-die-Investoren> (Zugriff: 11.04.2018).
59. Europäische Kommission (2017): Special Eurobarometer 470. Corruption Report, S.17f., abrufbar im Internet unter <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/81007> (Zugriff: 11.04.2018).
60. Transparency International (2018): Corruption Perceptions Index 2017, abrufbar im Internet unter https://www.transparency.org/news/feature/corruption_perceptions_index_2017#table (Zugriff: 11.04.2018).
61. ebd.
62. ebd.
63. Hierbei wurden 24 Länder betrachtet, die zur festgelegten Region „EU, EFTA & North America“ gehören (vgl. World Justice Project (2018): Rule of Law Index 2017-2018, S.121).
64. World Justice Project (2018): Rule of Law Index 2017-2018, S.121.
65. ebd.
66. GAN Integrity (2017): Business Anti-Corruption Portal: Poland Corruption Report, abrufbar im Internet unter <https://www.business-anti-corruption.com/country-profiles/poland/> (Zugriff: 11.04.2018).
67. ebd.
68. Swiatkowska, Joanna/Albrycht, Izabela/Skokowski, Dominik (2017): National Cyber Security Organisation: Poland, Tallinn: NATO Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence, S.18, abrufbar im Internet unter https://ccdcoe.org/sites/default/files/multimedia/pdf/NCSO_Poland_2017_0.pdf (Zugriff: 12.04.2018).
69. International Telecommunication Unit (ITU) (2017): Global Cybersecurity Index 2017, Geneva: ITU, S.59ff., abrufbar im Internet unter https://www.itu.int/dms_pub/itu-d/opb/str/D-STR-GCI.01-2017-R1-PDF-E.pdf (Zugriff: 11.04.2018).
70. ITU (2014): Global Cybersecurity Index 2014. 2014 Results for Europe Region, abrufbar im Internet unter https://www.itu.int/en/ITU-D/Cybersecurity/Documents/GCI_2014_Results_for_Europe_region.pdf (Zugriff: 11.04.2018).
71. ITU (2017): Global Cybersecurity Index 2017, S.4.

72. Adamski, Andrzej (2010): Cybercrime Legislation in Poland, S.3, abrufbar im Internet unter http://www.cybercrime.umk.pl/files/files/Cybercrime%20Legislation%20_PL_2010.pdf (Zugriff: 11.04.2018).
73. ebd., S.4.
74. Janczewski, Lech J./ Caelli, William (2016): Cyber Conflicts and Small States, London: Routledge.
75. ebd.
76. National Security Bureau Poland (2015): Cybersecurity Doctrine of the Republic of Poland, abrufbar im Internet unter <http://en.bbn.gov.pl/en/news/400,Cybersecurity-Doctrine-of-the-Republic-of-Poland.html?search=83834087> (Zugriff: 12.04.2018).
77. Swiatkowska, Joanna/ Albrycht, Izabela/Skokowski, Dominik (2017): National Cyber Security Organisation: Poland, S.8.
78. Adamowski, Jaroslaw (2017): Poland's Digital Affairs Ministry Releases Draft Cyber-Security Strategy, in: SC Media (13.03.2017), abrufbar im Internet unter <https://www.scmagazineuk.com/polands-digital-affairs-ministry-releases-draft-cyber-security-strategy/article/643638/> (Zugriff: 12.04.2018).
79. Swiatkowska, Joanna/ Albrycht, Izabela/ Skokowski, Dominik (2017): National Cyber Security Organisation: Poland, S.10. Die Autoren listen (1) Ministry of Justice, (2) Ministry of the Interior and Administration, (3) Internal Security Agency, (4) Government Centre for Security, (5) Office of Electronic Communications, (6) Financial Supervision Authority, (7) Inspector General for the Protection of Personal Data als „[o]ther public bodies with major responsibilities regarding cyber security management“ (ebd., S.11f.). Darüber hinaus, das Council for Digitization und das Research and Academic Computer Network, die das Ministry of Digital Affairs unterstützen (ebd., S.10f.). Das Ministry of Defense wird durch den Military Counterintelligence Service, das National Cryptology Centre, das Cybernetic Operations Centre, und das Information Systems Inspectorate unterstützt.
80. NASK (o.D.): NC CYBER, abrufbar im Internet unter <https://eng.nask.pl/en/activities/-1/283,NC-Cyber.html> (Zugriff: 12.04.2019).
81. ebd.
82. Swiatkowska, Joanna/ Albrycht, Izabela/ Skokowski, Dominik (2017): National Cyber Security Organisation: Poland, S.22. Das polnische Scientific Broadband Network PIONIER sowie das Telekommunikations-Netzwerk Orange Polska SA haben beide ihre eigenen CERTs (ebd., S.14).
83. ITU (2014): Global Cybersecurity Index 2014. 2014 Results for Europe Region.
84. ITU (2017): Global Cybersecurity Index 2017, S.4.
85. Die Punktzahl, die auf eine unterdurchschnittliche Leistung hindeutet, könnte sich aus dem Mangel an Informationen in der Ausgabe aus dem Jahr 2015 ergeben. Siehe hierzu ITU (2015): Global Cybersecurity Index & Cyberwellness Profiles 2015, Geneva: ITU, S.379, abrufbar im Internet unter https://www.itu.int/dms_pub/itu-d/opb/str/D-STR-SECU-2015-PDF-E.pdf (Zugriff: 12.04.2018).
86. ITU (2014): Global Cybersecurity Index 2014. 2014 Results for Europe Region.
87. Swiatkowska, Joanna/Albrycht, Izabela/Skokowski, Dominik (2017): National Cyber Security Organisation: Poland, S.13.
88. ebd.
89. ebd.
90. The Heritage Foundation (2018): Index of Economic Freedom 2018, S.101, S.381, S.189, S.233.
91. ebd., S.339.
92. ebd.
93. ebd.
94. The World Bank (2017): Starting a Business. Frequently Asked Questions, abrufbar im Internet unter <http://www.doingbusiness.org/data/exploretopics/starting-a-business/faq> (Zugriff: 13.04.2018).
95. The World Bank (2018): Doing Business 2018: Reforming to Create Jobs. Economy Profile 2018 Poland, Washington: World Bank Publications, S.6, abrufbar im Internet unter <http://www.doingbusiness.org/~media/WBG/DoingBusiness/Documents/Profiles/Country/POL.pdf> (Zugriff: 13.04.2018).
96. Siehe hierzu The World Bank (2017): Economy Rankings, abrufbar im Internet unter <http://www.doingbusiness.org/rankings> (Zugriff: 13.04.2018).
97. The Heritage Foundation (2018): Index of Economic Freedom 2018, S.339.
98. Rybak, Andrzej (2016): Sich selbst am nächsten. Die Wirtschaftspolitik der neuen nationalkonservativen Regierung in Polen benachteiligt ausländische Unternehmen, in: Die Zeit (18.02.2016), abrufbar im Internet unter <http://www.zeit.de/2016/09/polen-regierung-benachteiligung-auslaendischer-unternehmen/komplettansicht> (Zugriff: 13.04.2018).
99. Wozniak, Michal (2016): Bankensteuer tritt in Polen ab Februar 2016 in Kraft, in: Germany Trade & Invest (GTAI) (21.01.2016), abrufbar im Internet unter <https://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/suche,t=bankensteuer-tritt-in-polen-ab-februar-2016-in-kraft,did=1397274.html> (Zugriff: 13.04.2018).

100. Ernst & Young (2017): Indirect Tax Alert. Poland Further Delays Implementation of Retail Sales Tax Following European Commission's Finding of State Aid, S.2, abrufbar im Internet unter [http://www.ey.com/Publication/vwLUAssets/Poland_further_delays_implementation_of_retail_sales_tax_following_European_Commissions_finding_of_State_aid/\\$FILE/2017G_05950-171Gbl_Indirect_Poland%20retail%20sales%20tax%20delayed%20to%201%20January%202019.pdf](http://www.ey.com/Publication/vwLUAssets/Poland_further_delays_implementation_of_retail_sales_tax_following_European_Commissions_finding_of_State_aid/$FILE/2017G_05950-171Gbl_Indirect_Poland%20retail%20sales%20tax%20delayed%20to%201%20January%202019.pdf) (Zugriff: 13.04.2018).
101. German Trade and Invest (GTAI) (2016): Branche kompakt: Flaute für Windenergie in Polen, abrufbar im Internet unter <https://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/Branchen/Branche-kompakt/branche-kompakt-erneuerbare-energien,t=branche-kompakt-flaute-fuer-windenergie-in-polen,did=1514040.html?view=renderPdf> (Zugriff: 13.04.2018).
102. Santander (2018): Poland. Foreign Investment, abrufbar im Internet unter <https://en.portal.santandertrade.com/establish-overseas/poland/foreign-investment> (Zugriff: 13.04.2018).
103. The Heritage Foundation (2018): Index of Economic Freedom 2018, S.339.
104. ebd. Weitere Informationen zu aktuellen Tarifen für bestimmte Produkte finden sie im offiziellen "Tarif-Browser", siehe hierzu: Customs Service of the Republic of Poland (2018): System ISZTAR - Tariff Information, abrufbar im Internet unter http://isztar.mf.gov.pl/isztar/taryfa_celna/web/main_EN (Zugriff: 13.04.2018).
105. The Heritage Foundation (2018): Index of Economic Freedom 2018, S.339.
106. ebd.
107. ebd., S.189, S.201, S.273, S.75, S.323.
108. World Bank (2016): Poland - Inflation, Consumer Prices (Annual %), abrufbar im Internet unter <https://data.worldbank.org/indicator/FP.CPI.TOTL.ZG?locations=PL> (Zugriff: 14.04.2018).
109. ebd.
110. Funk Gruppe (2018): Funk Political Risk Map, abrufbar im Internet unter <https://www.funk-gruppe.de/de/themen-blog/risikomanagement/politische-laender-gefahren-weltweit-analysieren/funk-political-risk-map/> (Zugriff: 24.11.2017).
111. Österreichische Handelsdelegation (2017): Exportbericht Polen, Wien: Aussenwirtschaft Austria, S.26, abrufbar im Internet unter <https://www.auwi-ayern.de/awp/inhalte/Laender/Anhaenge/exportbericht-polen.pdf> (Zugriff: 14.04.2018). Siehe auch Polens Foreign Chance Act vom 27.07.2002.
112. The Heritage Foundation (2018): Index of Economic Freedom 2018, S.339.
113. ebd., S.197, S.392, S.189, S.101.
114. Business & Sanctions Consulting Netherlands (2018): Sanctions Risk List Countries, abrufbar im Internet unter <http://www.bscn.nl/sanctions-consulting/sanctions-list-countries> (Zugriff: 14.04.2018).
115. World Integrated Trade Solutions (WITS) (2016): Poland Trade Summary 2016 Data, abrufbar im Internet unter <https://wits.worldbank.org/CountryProfile/en/Country/POL/Year/2016/Summary> (Zugriff: 14.04.2018).
116. ebd.
117. The World Bank (2015): Poland - Electricity Production from Coal Sources (% of Total), abrufbar im Internet unter <https://data.worldbank.org/indicator/EG.ELC.COAL.ZS?locations=PL> (Zugriff: 14.04.2018).
118. U.S. Department of Commerce (2017): Poland – State-Owned Enterprises, abrufbar im Internet unter <https://www.export.gov/article?id=Poland-State-Owned-Enterprises> (Zugriff: 14.04.2018).
119. Euler&Hermes (2017): Doing Business in Poland, S.178, abrufbar im Internet unter [http://www.ey.com/Publication/vwLUAssets/Doing_business_in_Poland_EN/\\$FILE/DB_in_Poland_final_en.pdf](http://www.ey.com/Publication/vwLUAssets/Doing_business_in_Poland_EN/$FILE/DB_in_Poland_final_en.pdf) (Zugriff: 14.04.2018).
120. Riedel, Rafal (2017): Die Entwicklungsstrategie der polnischen Wirtschaft nach Mateusz Morawiecki, in: Polen-Analysen Nr. 194, abrufbar im Internet unter <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen194.pdf> (Zugriff: 14.04.2018).
121. Pietraszkiewicz, Marcin (2018): Polen: Der "Gute Wandel" der PiS im Wandel, in: Heise Online (15.02.2018), abrufbar im Internet unter <https://www.heise.de/tp/features/Polen-Der-Gute-Wandel-der-PiS-im-Wandel-3966215.html?seite=all> (Zugriff: 14.04.2018).
122. Brüggemann, Mathias (2017): Die Investoren stimmen mit ihrem Geld für unsere Politik.
123. Wozniak, Michal/Okninska, Eliza (2017): Lohn- und Lohnnebenkosten – Polen, in: Germany Trade & Invest (GTAI) (11.04.2017), abrufbar im Internet unter <https://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/Geschaeftspraxis/lohn-und-lohnnebenkosten,t=lohn-und-lohnnebenkosten--polen,did=1677748.html> (Zugriff: 17.04.2018).
124. Statistisches Zentralamt der Republik Polen (2018): Registered Unemployed Persons and Unemployment Rate. As of the End of February 2018, abrufbar im Internet unter <https://stat.gov.pl/en/topics/labour-market/registered-unemployment/registered-unemployed-persons-and-unemployment-rate-as-of-the-end-of-february-2018,1,67.html> (Zugriff: 14.04.2018).
125. Statistisches Zentralamt der Republik Polen (2018): Unemployment Rate 1990-2018, abrufbar im Internet unter <https://stat.gov.pl/en/topics/labour-market/registered-unemployment/unemployment-rate-1990-2018,3,1.html> (Zugriff: 14.04.2018).
126. The World Bank (2017): Employment to Population Ratio, 15+, total (%) (Modeled ILO Estimate), abrufbar im Internet unter <https://data.worldbank.org/indicator/SL.EMP.TOTL.SP.ZS?locations=PL> (Zugriff: 17.04.2018).

127. Horbacz, Agata (2017): Tausende polnische Frauen lassen ihre Jobs sausen, in: rbb 24 (16.04.2017), abrufbar im Internet unter <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2017/04/polen-frauen-500-plus-arbeit.html> (Zugriff: 17.04.2018).
128. The World Bank (2017): Unemployment, Youth Total (% of Total Labor Force Ages 15-24) (National Estimate), abrufbar im Internet unter <https://data.worldbank.org/indicator/SL.UEM.1524.NE.ZS?locations=DE-PL-CZ-SE-FR-NL-GR-ES> (Zugriff: 17.04.2018).
129. Goettig, Marcin (2017): Polish Cut in Retirement Age Comes into Force, Bucking European Trend, in: Reuters (01.10.2017), abrufbar im Internet unter <https://www.reuters.com/article/us-poland-pension/polish-cut-in-retirement-age-comes-into-force-bucking-european-trend-idUSKCN1C60Z6> (Zugriff: 17.04.2018).
130. Winterbauer, Jörg (2015): Junge Polen zieht es immer häufiger ins Ausland, in: Welt (27.07.2015), abrufbar im Internet unter <https://www.welt.de/politik/ausland/article144510011/Junge-Polen-zieht-es-immer-haeufiger-ins-Ausland.html> (Zugriff: 17.04.2018).
131. Neidhard, Wolfram (2017): Akuter Fachkräftemangel. Ukrainer halten Polens Wirtschaft am Laufen, in: ntv (29.04.2017), abrufbar im Internet unter <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Ukrainer-halten-Polens-Wirtschaft-am-Laufen-article19815517.html> (Zugriff: 17.04.2018).
132. World Economic Forum (2017): Global Competitiveness Report 2017 – 2018. Geneva: World Economic Forum, abrufbar im Internet unter <http://www3.weforum.org/docs/GCR2017-2018/05FullReport/TheGlobalCompetitivenessReport2017%E2%80%932018.pdf> (Zugriff: 17.04.2018).
133. Deutscher Akademischer Austauschdienst (2018): Überblick: Hochschulsystem und Internationalisierung, abrufbar im Internet unter <https://www.daad.de/laenderinformationen/polen/land/de/5489-berblick-hochschulsystem-und-internationalisierung.pdf> (Zugriff: 17.04.2018).
134. Eigene Berechnung.
135. Angaben basieren auf eigenen Berechnungen, siehe Nelles, Julia (2018): Risiko Report. Politische Risikoszenarien für Italien, Funk Stiftung, S.17.
136. o.A. (2016): Akademikerquote: Österreich in EU nur auf Rang 18, in: Der Standard (27.04.2016), abrufbar im Internet unter <https://derstandard.at/2000035854062/EU-Oesterreich-bei-berufsbildenden-Schulabschluessen-nur-auf-Rang-18> (Zugriff: 17.04.2018).
137. The World Bank (2016): Unemployment with Advanced Education (% of Total Labor Force with Advanced Education), abrufbar im Internet unter <https://data.worldbank.org/indicator/SL.UEM.ADVN.ZS?locations=PL> (Zugriff: 17.04.2018).
138. The World Bank (2016): Unemployment with Intermediate Education (% of Total Labor Force with Intermediate Education), abrufbar im Internet unter <https://data.worldbank.org/indicator/SL.UEM.INTM.ZS?locations=PL> (Zugriff: 17.04.2018).
139. The World Bank (2016): Unemployment with Basic Education (% of Total Labor Force with Basic Education), abrufbar im Internet unter <https://data.worldbank.org/indicator/SL.UEM.BASC.ZS?locations=PL> (Zugriff: 17.04.2018).
140. The World Bank (2016): School Enrollment, Tertiary, Male (% Gross), abrufbar im Internet unter <https://data.worldbank.org/indicator/SE.TER.ENRR.MA?locations=PL> (Zugriff: 17.04.2018); The World Bank (2016): School Enrollment, Tertiary, Female (% Gross), abrufbar im Internet unter <https://data.worldbank.org/indicator/SE.TER.ENRR.FE?locations=PL> (Zugriff: 17.03.2018).
141. Manpower Group (2015): 2015 Talent Shortage Survey, abrufbar im Internet unter https://www.manpowergroup.com/wps/wcm/connect/db23c560-08b6-485f-9bf6-f5f38a43c76a/2015_Talent_Shortage_Survey_US-lo_res.pdf?MOD=AJPERES (Zugriff: 17.04.2018).
142. vgl. OECD (2018): OECD Economic Survey of Poland. Towards an innovative and inclusive economy, Präsentation (19.08.2018) in Warschau, abrufbar im Internet unter <http://www.oecd.org/eco/surveys/Towards-an-innovative-and-inclusive-economy-OECD-economic-survey-Poland-2018.pdf> (Zugriff: 17.04.2018).
143. siehe auch Gomez, James M./Martewicz, Maciej (2017): Poles Punch Out of Cheap Labor Era, Risking Profit Decline, in: Bloomberg (18.09.2017), abrufbar im Internet unter <https://www.bloomberg.com/news/articles/2017-09-18/polish-workers-punch-out-of-cheap-labor-era-threatening-profits> (Zugriff: 17.04.2018).
144. vgl. Wozniak, Michal/ Okninska, Eliza (2017): Lohn- und Lohnnebenkosten – Polen.
145. ebd.
146. ebd.
147. Eurostat (2018): Labour Costs in the EU. Hourly Labour Costs Ranged from €4.9 to €42.5 across the EU Member States in 2017. Lowest in Bulgaria and Romania, highest in Denmark and Belgium, S.3, in: Eurostat Newsrelease (09.04.2018), abrufbar im Internet unter <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/8791188/3-09042018-BP-EN.pdf/e4e0dcfe-9019-4c74-a437-3592aa460623> (Zugriff: 14.04.2018).
148. Statistisches Bundesamt (2016): EU-Vergleich der Lohnnebenkosten, abrufbar im Internet unter <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/BevoelkerungSoziales/Arbeitsmarkt/Hoehelohnnebenkosten.html> (Zugriff: 17.04.2018).
149. vgl. Wozniak, Michal/Okninska, Eliza (2017): Lohn- und Lohnnebenkosten – Polen.
150. Eurostat (2016): Arbeitsproduktivität je Beschäftigte und geleistete Arbeitsstunde (EU-28=100), abrufbar im Internet unter <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=1&pcode=tesem160&language=de> (Zugriff: 17.04.2018).
151. World Economic Forum (2017): Global Competitiveness Report 2017 – 2018, S.241.

152. World Economic Forum (2017): Global Competitiveness Report 2017 – 2018, S.371ff.
153. Euler&Hermes (2017): Doing Business in Poland, S.91f.
154. Collins, Erika C. (2017): The Employment Law Review, London: Law Business Research, S.515, abrufbar im Internet unter [https://thelawreviews.co.uk/digital_assets/5f7eaa98-205c-414b-8622-eb48145abccf/The_Employment_Law_Review_\(Eighth_Edition\).pdf](https://thelawreviews.co.uk/digital_assets/5f7eaa98-205c-414b-8622-eb48145abccf/The_Employment_Law_Review_(Eighth_Edition).pdf) (Zugriff: 17.04.2018).
155. o.A. (2017): Further Rise in Minimum Wage Planned in Poland, in: Radio Poland (20.05.2017), abrufbar im Internet unter <http://thenews.pl/1/9/Artykul/307860,Further-rise-in-minimum-wage-planned-in-Poland> (Zugriff: 17.04.2018).
156. Gyes, Guy Van/Schulte, Thorsten (2015): Wage Bargaining under the New European Economic Governance. Alternative Strategies for Inclusive Growth, Brussels: ETUI, abrufbar im Internet unter <https://www.etui.org/content/download/21182/176845/file/15+Wage+bargaining+under++the+new+European+Economic+Governance+EN+Web+version+.pdf> (Zugriff: 17.14.2018).
157. ebd., siehe auch ETUI (2016): Tarifverhandlungen, abrufbar im Internet unter <http://de.worker-participation.eu/Nationale-Arbeitsbeziehungen/Laender/Polen/Tarifverhandlungen> (Zugriff: 17.04.2018).
158. Mayer, Alexander (2014): Polen, in: Insitut der Deutschen Wirtschaft (IW) (30.05.2014), abrufbar im Internet unter <https://www.iwkoeln.de/studien/iw-kurzberichte/beitrag/gewerkschaften-im-internationalen-vergleich-vii-polen-166477.html> (Zugriff: 17.04.2018).
159. Dies liegt daran, dass ausländische Unternehmen oftmals Standortgebiete in Regionen mit höheren Lebenshaltungskosten wählen und diese in der Regel einen höheren Bedarf an gut ausgebildeten und damit teurerem Personal haben. Siehe hierzu Wozniak, Michal/Okninska, Eliza (2017): Lohn- und Lohnnebenkosten – Polen.
160. Helsinki-Stiftung für Menschenrechte (2016): The Constitutional Crisis in Poland 2015-2016, S.15f.
161. Otwinowski, Martha (2016): Poland's New Laws on Surveillance Have "Enormous Implications for Media Freedom", in: Xindex (23.12.2016), abrufbar im Internet unter <https://www.indexoncensorship.org/2016/12/polands-media-workers-stifled-by-the-countrys-terror-laws/> (Zugriff: 18.04.2018).
162. ebd.
163. o.A. (2016): Poland Defends 'Sovereignty' as EU Probes Controversial Reforms, in: Deutsche Welle (19.01.2016), abrufbar im Internet unter <http://www.dw.com/en/poland-defends-sovereignty-as-eu-probes-controversial-reforms/a-18990294> (Zugriff: 18.04.2018).
164. Rat der Europäischen Union (2017): Interinstitutional File: 2017/0360, abrufbar im Internet unter <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-16007-2017-INIT/en/pdf> (Zugriff: 18.04.2018).
165. Dunai, Marton (2017): PM Orban: Hungary Will Block Any Punitive EU Action on Poland, in: Reuters (22.12.2017), abrufbar im Internet unter <https://www.reuters.com/article/us-poland-eu-hungary-orban/pm-orban-hungary-will-block-any-punitive-eu-action-on-poland-idUSKBN1EG0NF> (Zugriff: 18.04.2018).
166. Becker, Markus/Müller, Peter/Schult, Christoph/Puhl, Jan (2018): EU Considers Funding Cuts for Eastern Europe, in: Spiegel Online (04.04.2018), abrufbar im Internet unter <http://www.spiegel.de/international/europe/eu-considers-funding-cuts-for-poland-and-eastern-europe-a-1201082.html> (Zugriff: 18.04.2018).
167. Sobczak, Pawel (2018): Poland Takes Step Back in Court Reform to Please EU, Voters, in: Reuters (12.04.2018), abrufbar im Internet unter <https://www.reuters.com/article/us-eu-poland-judiciary/poland-takes-step-back-in-court-reform-to-please-eu-voters-idUSKBN1HJ340> (Zugriff: 18.04.2018).
168. Rat der Europäischen Union (2018): Main Results. Rule of Law in Poland, in: Meetings General Affairs Council (17.04.2018), abrufbar im Internet unter <http://www.consilium.europa.eu/en/meetings/gac/2018/04/17/> (Zugriff: 18.04.2018).
169. vgl. Europäische Kommission (2017): Press Release. Rule of Law: European Commission Acts to Defend Judicial Independence in Poland, abrufbar im Internet unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-5367_en.htm (Zugriff: 18.04.2018).
170. Neslen, Arthur (2018): Poland Violated EU Laws by Logging in Białowieża Forest, Court Rules. Judge Dismisses Claims by Polish Government that Logging Was Necessary to Protect Ancient Forest from Outbreak of Bark Beetles, in: The Guardian (17.04.2018), abrufbar im Internet unter <https://www.theguardian.com/world/2018/apr/17/poland-violated-eu-laws-by-logging-in-biaowieza-forest-says-ecj> (Zugriff: 18.04.2018).
171. Polnische Agentur für Investment und Handel (2018): Tarnobrzeg EURO-PARK WISŁOSAN, abrufbar im Internet unter https://www.paih.gov.pl/investment_support/sez/tarnobrzeg (Zugriff: 18.04.2018).
172. o.A. (2018): The Observer View on the EU's Eastern Bloc, abrufbar im Internet unter <https://www.theguardian.com/world/commentisfree/2018/jan/07/observer-view-european-union-eastern-bloc-hungary-poland> (Zugriff: 18.04.2018).
173. Dunai, Marton (2017): PM Orban: Hungary Will Block Any Punitive EU Action on Poland.
174. Europäische Kommission (2016): European Structural and Investment Funds: Country factsheet - Poland, abrufbar im Internet unter http://ec.europa.eu/regional_policy/en/information/publications/factsheets/2016/european-structural-and-investment-funds-country-factsheet-poland (Zugriff: 19.04.2018).
175. Robinson, Belinda (2018): Poland Ready for EU Exit? PM Ready for Showdown Meeting with Juncker, in: Express (09.01.2018), abrufbar im Internet unter <https://www.express.co.uk/news/world/902430/Poland-EU-exit-Pole-exit-Brexit-UK-judicial-reform-Jean-Claude-Juncker> (Zugriff: 19.04.2018).

176. Europäische Kommission (2017): Press release. Rule of Law: European Commission acts to defend judicial independence in Poland.
177. o.A. (2018): The Observer view on the EU's eastern bloc.
178. Van Bossuyt, Anneleen (2018): Legislative Train Schedule. Deeper and Fairer Internal Market with a Strengthened Industrial Base / Services Including Transport, abrufbar im Internet unter <http://www.europarl.europa.eu/legislative-train/theme-deeper-and-fairer-internal-market-with-a-strengthened-industrial-base-services-including-transport/file-services-e-card> (Zugriff: 19.04.2018).
179. Graff, Agnieszka (2018): Poland's Abortion Ban Is a Test Case for the Catholic Church, in: Financial Times (02.04.2018), abrufbar im Internet unter <https://www.ft.com/content/d3d92b9e-3348-11e8-b5bf-23cb17fd1498> (Zugriff: 19.04.2018).



ÜBER DIE FUNK STIFTUNG

Funk-Gesellschafter Dr. Leberecht Funk gründete 2014 gemeinsam mit seiner Ehefrau Maritta die gemeinnützige Funk Stiftung. Stiftungszweck ist die Förderung von Forschungs-, Bildungs- und Praxisprojekten rund um die Themenwelt des Risiko- und Versicherungsmanagements.

Neben gezielter Projektförderung unterstützt die Stiftung Fachveranstaltungen. Ein weiteres Förderungsfeld sind kulturelle Projekte. Weitere Informationen zur Funk Stiftung finden Sie unter www.funk-stiftung.org



ÜBER CONIAS

Die CONIAS Risk Intelligence GmbH ist eine Ausgründung aus der Universität Heidelberg und basiert auf mehr als 20 Jahren empirischer Forschung. Durch die Analyse des globalen Konfliktgeschehens seit 1945 können aktuelle politische Krisen frühzeitig erkannt und bewertet werden.

CONIAS unterstützt Unternehmen, Verbände und Institutionen bei der Bewertung politischer Risiken. Neben einer Reihe digitaler Lösungen bietet CONIAS Beratung auch in Form von Workshops und empirisch fundierten Gutachten an.

Mehr unter: www.conias.com



Mehr Informationen zur Risikoreport-Reihe unter

www.conias.com

www.funk-stiftung.org



CONIAS
RISK
INTELLIGENCE



STIFTUNG